Humboldt-Universität zu Berlin
Institut für Sozialwissenschaften
Lehrbereich: Stadt- und Regionalsoziologie

Bachelor of Arts Abschlussarbeit

Thema:

„Émeutes“ in der Vorstadt „Le Grand Mirail“ von Toulouse und die Grenzen des Stadterneuerungsprojekts „Le Grand Projet de Ville“ (GPV)

Riots in “Le Grand Mirail”, suburb of Toulouse and the limits of the suburb renovation programm “Le Grand Projet de Ville” (GPV)

Betreuer: Prof. Hartmut Häußermann

B.A.-Arbeit vorgelegt von:

Paula Mett Studienfach: B.A. Sozialwissenschaften

Berlin, den 16.04.2007

Abstrakt

Im Oktober und November 2005 kam es in Frankreich in vielen Vorstädten zu gewalttätigen Unruhen, den „Émeutes“. Diese fanden ihren Ausdruck in brennenden Autos, der Zerstörung öffentlicher Einrichtungen und gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen meist männlichen jugendlichen Gruppen und der Polizei und zogen drei Wochen lang die Blicke der Öffentlichkeit auf sich.

In dieser Arbeit wird der Fokus auf die Vorstadt „Le Grand Mirail“ in Toulouse gesetzt, welche sowohl 2005 als auch ein Jahr nach den Unruhen Schauplatz der „Émeutes“ wurde. Trotz des im Jahre 2000 initiierten staatlich finanzierten Stadterneuerungsprojekts „Le Grand Projet de Ville“ (GPV), welches zum einen die Absicht hat, solche „Émeutes“ zu verhindern, und zum anderen die Umstrukturierung des Viertels auf urbaner und sozialer Ebene als Ziel verfolgt, kam es im November 2005 und 2006 erneut zu gewalttätigen Handlungen jugendlicher Gruppierungen aus dem Grand Mirail.

In der vorliegenden Arbeit werden, unter Verwendung aktueller französischsprachiger Quellen und Informationen lokaler Akteure, die Grenzen des GPV herausgearbeitet, wobei die Ausgrenzungssituation der jugendlichen Vorstadtbewohner im Vordergrund steht.

Inhaltsverzeichnis

Abstrakt **1**

1. Einleitung **3**

2. Die Émeutes vom Oktober und November 2005 ..... **5**

2.1 Landesweite Émeutes in den Banlieues 5

2.2 Die Émeutes im Grand Mirail von Toulouse 7

3. Erklärungen für die Émeutes in den französischen Vorstädten **8**

3.1 Armut in den Vorstädten Frankreichs 9

3.2 Die Situation von Jugendlichen mit Migrationshintergrund 11

3.3 Ethnische und soziale Segregation und das Problem der Ausgrenzung 13

3.3.1 Räumliche Ausgrenzung 14

3.3.2 Ausgrenzung in der Schule 15

3.3.3 Ausgrenzung und Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt 17

3.4 Das Verhältnis zwischen den Jugendlichen und der Polizei 19

3.5 Der Einfluss der Medien und öffentliche Stigmatisierung 20

4. Das Stadterneuerungsprojekt in Toulouse - Le Grand Projet de Ville **22**

4.1 Die Förderungsperiode von 2000 bis 2006 23

4.2 Wirtschaftliche Entwicklung und Eingliederung in den Arbeitsmarkt 24

4.3 Soziale und bildungsspezifische Maßnahmen 27

4.4 Städtebauliche Maßnahmen 30

5. Die Grenzen des Grand Projet de Ville Toulouse **33**

5.1 Die Grenzen der Bürgerpartizipation 33

5.2 Der Einfluss städtebaulicher Maßnahmen auf soziale Prozesse 35

5.3 Das Ideal der sozialen Mischung 37

6. Fazit **40**

7. Literaturverzeichnis **42**

8. Anhang **47**

Verwendete Abkürzungen

Fotos der Viertel La Reynerie und Bellefontaine

Interview 2007

1. Einleitung

„In der Nacht vom 6. auf den 7. November 2005 brannten in Frankreich 1.408 Autos, davon 982 in den Großstädten der Provinz und 426 in der Pariser Region. Insgesamt wurden seit Beginn der Émeutes in den französischen Vorstädten 4.900 Fahrzeuge in Brand gesetzt.“ (AFP 2005b:2). Das ist die Bilanz der ersten zehn Tage der Émeutes[1], in denen die Unruhen in den betroffenen Banlieues[2] Frankreichs sehr intensiv waren. Die Émeutes dauerten vom 28. Oktober bis zum 17. November 2005 an, wobei es erst am 3. November zu einer Ausdehnung der Unruhen von der Pariser Region auf die großen Arbeiterviertel der regionalen Großstädte kam. Betroffen waren unter anderem die Städte Lille, Toulouse, Straßburg, Rennes, Rouen und Bordeaux (Mucchielli 2006:15).

In dieser Arbeit werde ich mich auf die Émeutes im Vorort Le Grand Mirail von Toulouse konzentrieren und diese in einen stadtpolitischen Zusammenhang stellen. Sowohl im November 2005 als auch im Folgejahr kam es in der cité[3] von La Reynerie, welche neben Bellefontaine und Mirail Université zum Viertel Le Grand Mirail gehört, zu Émeutes.

Trotz staatlicher Investitionen in die „Politique de la Ville“ und der Einführung des Stadterneuerungsprojekts „Le Grand Projet de Ville“ (GPV) in Toulouse, bei dem der Kampf gegen räumliche und soziale Exklusion und die Förderung sozialer Vielfalt im Mittelpunkt stehen, konnten die gewalttätigen Ausschreitungen zwischen Polizei und jugendlichen Gruppen, zahlreiche Autobrände und die Zerstörung von Schul- und Freizeiteinrichtungen nicht verhindert werden.

Auch wenn das GPV in Toulouse noch nicht vollständig abgeschlossen ist, stellt sich die Frage nach den Grenzen des Projekts. Warum konnten durch die urbanen und sozialen Maßnahmen des GPV gewalttätige Ausschreitungen und die Zerstörung privater und öffentlicher Objekte, wie sie in besonders großem Ausmaß 2005 in La Reynerie und Bellefontaine stattfanden, nicht verhindert werden? Wie kam es zu derartigen Ausschreitungen und in welchen Bereichen stößt das Projekt an seine Grenzen?

---

[1] Im Folgenden wird der Begriff Émeutes verwendet, da die deutsche Übersetzung mit den Worten Krawallen und Unruhen nicht das ausdrückt, was der französische Begriff genau bezeichnet. Nämlich eine Art Revolte und auch einen Aufstand meist von Jugendlichen in den Vorstädten Frankreichs.

[2] Vororte, Stadtrandgebiet. Diese und alle folgenden Übersetzungen aus dem Französischen wurden von der Autorin vorgenommen.

[3] Als cité wird in der Banlieue eine Siedlung von Häuserblöcken bzw. Hochhäusern bezeichnet. Im Grand Mirail gibt es die cité La Reynerie und die cité Bellefontaine.

Dieser Arbeit liegt die Annahme zugrunde, dass die Ursachen für die Émeutes in den Erfahrungen von Ausgrenzung, Diskriminierung und Hoffnungslosigkeit, mit denen besonders männliche Jugendliche mit Migrationshintergrund alltäglich konfrontiert werden, liegen. Bei der Durchführung des GPV müsste also besonders auf die problematische Situation der Jugendlichen eingegangen werden, um auf urbaner und sozialer Ebene langfristig positive Veränderungen im Grand Mirail zu erreichen zu und dadurch gewalttätige Ausschreitungen in Form von Émeutes in Zukunft zu verhindern.
Um die Fragestellung systematisch zu bearbeiten, werden im Folgenden zunächst die Hintergründe der Émeutes vom November 2005 in Frankreich und in Toulouse beleuchtet und die Gründe für die Émeutes untersucht. In einem weiteren Schritt werden die Ziele des GPV von Toulouse vorgestellt, um anschließend die Grenzen des Projekts aufzeigen zu können. Abschließend werden die erarbeiteten Ergebnisse in einem Fazit zusammengefasst.

2. Die Émeutes vom Oktober und November 2005

Bereits in den 80er und in den 90er Jahren kam es, besonders in den Regionen von Lyon und Paris, zu Émeutes in den Vorstädten. Auch in Toulouse ereigneten sich im Viertel von La Reynerie Ende der 90er gewalttätige Ausschreitungen zwischen jugendlichen Gruppierungen und der Polizei (Lagrange 2006).

Am Anfang von Émeutes in einer Banlieue steht in vielen Fällen der Tod eines Jugendlichen, welcher meist unmittelbar mit polizeilichem Eingreifen im Zusammenhang steht (Mucchielli 2006). Bei den Émeutes 2005 war der Tod von zwei Jugendlichen aus der Pariser Vorstadt Clichy-sous-Bois zunächst der Auslöser lokaler Unruhen, deren Ausbreitung auf die Provinzstädte auch vermuten lässt, dass neben dem tragischen Tod dieser Jugendlichen weitere Gründe für die Émeutes eine Rolle spielten. Diese werden im Kapitel 3 erläutert. Zunächst wird jedoch der Verlauf der Émeutes in der Pariser Region und in Toulouse nachgezeichnet.

2.1 Landesweite Émeutes in den Banlieues

Am 27. Oktober 2005 kamen zwei Jugendliche aus Clichy-sous-Bois ums Leben, weil sie sich von der Polizei verfolgt glaubten und einer Identitätskontrolle entkommen wollten. Der 15-jährige Bouna Traoré und seine Freunde Zyed Benna, und Muhitin Altun, beide 17 Jahre alt, flüchteten sich in ein EDF[4]-Transformatorgebäude, wo Bouna und Zyed einen tödlichen elektrischen Schlag erlitten und Muhitin sich schwere Verbrennungen zuzog (Lagrange/Oberti 2006).

Die Situation wurde durch die Aussagen des Innenministers Nicolas Sarkozy verschärft, der die Verfolgung und Anwesenheit der Polizisten leugnete und die Jugendlichen eines Diebstahls verdächtigte. Die Nachforschungen der Anwälte der Familien ergaben aber, dass ein Polizist gesehen hat, wie die Jugendlichen auf das Transformatorgebäude flüchteten, ihnen jedoch keine Hilfe leistete und dass die Jugendlichen Opfer eines Polizeieinsatzes wurden, der sie ursprünglich nicht betraf (Le Goaziou/Mucchielli 2006).

Die Nachricht vom Tod der beiden Jugendlichen und die Reaktion des Innenministers verbreiteten sich schnell in Clichy-sous-Bois, wo Jugendliche am selben Abend 23 Autos in Flammen aufgingen ließen. Weitere 20 Autos brannten in den folgenden Nächten in der Umgebung von Clichy. Während der ersten sechs Tage der Émeutes wurden im

[4] Électricité de France – staatliche Elektrizitätsgesellschaft

Département Seine-Saint-Denis, in dem auch Clichy-sous-Bois liegt, insgesamt 200 Fahrzeuge durch Brandstiftung zerstört (Lagrange 2006:43).

Die Émeutes fanden hauptsächlich in den sensiblen Stadtvierteln, den seit 1995 so bezeichneten „zones urbaines sensibles“ (ZUS[5]) statt, welche seit den 80er Jahren im Mittelpunkt des staatlichen Aufbauprogramms für Problemviertel, der „Politique de la Ville“[6], stehen. In Frankreich gibt es 751 solcher Quartiere, in denen 4,7 Millionen Personen unter ähnlichen problematischen Bedingungen leben. In den ZUS ist die Arbeitslosigkeit sehr hoch[7] und betrifft besonders die Jugendlichen; viele Familien, unter ihnen eine hohe Anzahl Alleinerziehender, haben prekäre Einkommensverhältnisse. Hinzu kommen schulische Probleme, alltägliche Gewalt und Vandalismus (Mucchielli 2006; Serafini/Tourancheau/Vital-Durand 2005).

Die Ausbreitung der Émeutes in ganz Frankreich fand in drei Entwicklungsphasen (Mucchielli 2006) statt. Die erste, fünftägige Phase hatte einen lokalen Charakter, da sich die Émeutes auf Clichy-sous-Bois beschränkten. In dieser Phase gab es einen Gedenkmarsch für die Opfer der polizeilichen Verfolgung und es kam zu einem Zwischenfall, bei dem von CRS[8]-Beamten ein Tränengasgeschoss in die lokale Moschee gefeuert wurde. Dies geschah nach Aussagen der zuständigen Beamten unbeabsichtigt. Es führte jedoch dazu, dass sich in der zweiten Phase der Émeutes die Unruhen auf 80 Kommunen der Pariser Region ausbreiteten (Mucchielli 2006:15). In der dritten Phase kam es in der Nacht vom 3. auf den 4. November schließlich zur Ausweitung der Émeutes auf die Großstädte der französischen Provinz und die Zahl der betroffenen Kommunen stieg auf 274 an. In der Provinz waren die Ausschreitungen genauso schwerwiegend wie in der Pariser Region, was sich unter anderem in der Anzahl der verbrannten Autos ausdrückte. In der Nacht vom 7. auf den 8. November brannten in Frankreich 1.500 Autos (Mucchielli 2006:16). Von den Ausschreitungen in den Provinzstädten war die ZUS des Grand Mirail von Toulouse besonders stark betroffen.

[5] sensible Stadtviertel
[6] Stadtpolitisches Maßnahmenprogramm
[7] die Arbeitslosigkeit betrifft teilweise 20 bis 30% der Bewohner
[8] compagnies républicaines de sécurité – Bereitschaftspolizei

2.2 Die Émeutes im Grand Mirail von Toulouse

Bis zum Ende der Émeutes standen neben der Kommune von Clichy-sous-Bois vor allem die cités des Grand Mirail, insbesondere La Reynerie und Bellefontaine, im Zentrum der Unruhen. Dort wurden am 5. und am 6. November insgesamt 30 Autos, ein Einkaufszentrum und eine öffentliche Bibliothek durch mutwillig gelegte Feuer zerstört (Lagrange 2006:40).

In der zwölften Nacht der Émeutes, vom 7. auf den 8. November 2005, wurden in Toulouse, nachdem in den vier Vortagen bereits 120 Autos gebrannt hatten, weitere 21 Autos und ein Bus des öffentlichen Nahverkehrs in Brand gesetzt. Die Stimmung wurde als zunehmend angespannt beschrieben, und der Einsatz von Tränengas häufte sich (Jalabert 2005).

Nach dem Überfall auf einen Linienbus beschloss die Gewerkschaft des öffentlichen Nahverkehrs[9] den gesamtstädtischen Busverkehr ab 17 Uhr einzustellen, und nachdem Jugendliche am 7. November ein brennendes Auto in einen Eingang der Metro schoben, wurde auch der Metroverkehr im Grand Mirail ab 20 Uhr eingestellt. Am 9. November wurde außerdem eine Vorschule in La Reynerie zum Ziel der Brandstifter, die ein brennendes Auto in den Eingangsbereich der Schule fuhren (AFP 2005c:1).

Bereits Ende der 90er und auch im Folgejahr der Unruhen von 2005 kam es in La Reynerie zu Émeutes, welche ein hoher Polizeibeamter von Toulouse folgendermaßen kommentierte: *„Bei uns kann es jederzeit explodieren. Ein Funke genügt“* (Hehn 2006:5). Ein Jahr nach den Émeutes von 2005 wurden in Toulouse vier Autos in Brand gesetzt und Sicherheitskräfte wurden von ungefähr 30 Jugendlichen mit Steinen beworfen (Tagesschau 2006). Solche Vorfälle gehören im Grand Mirail zum Alltag, zumal nach Angaben der Polizei dort jede Woche etwa 15 Autos in Brand gesteckt werden und Polizisten regelmäßig Opfer von Angriffen mit Steinen werden (AFP 2005a:3).

Es stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, wie die Émeutes, die Ausschreitungen zwischen jugendlichen Gruppen und der Polizei und die alltäglichen Gewaltausbrüche in den Vorstädten erklärt werden können. Wo liegen die Gründe für die zahlreichen Zerstörungen von öffentlichem und privatem Eigentum, sowie von institutionellen Einrichtungen wie Schulen und Rathäusern?

[9] Sud-Connex

3. Erklärungen für die Émeutes in den französischen Vorstädten

Etwa 8% der französischen Bevölkerung leben in den, von besonderen stadtpolitischen Maßnahmen betroffenen, sensiblen Stadtvierteln (ZUS), in denen sich prekäre Lebenssituationen und alltägliche Erfahrungen der Bewohner mit gesellschaftlicher Ausgrenzung konzentrieren (Le Goaziou/Mucchielli 2006). Es gibt viele Merkmale, welche in den ZUS zwar in unterschiedlichem Ausmaß auftreten, aber dennoch im Kontrast zu anderen Wohnvierteln stehen.

Bereits Ende der 80er Jahre stellten die Soziologen Didier Lapeyronnie und François Dubet in ihrer Studie über die französischen Vorstädte fest, dass das wesentliche Gesellschaftsproblem Frankreichs in der sozialen Ausgrenzung bestimmter Bevölkerungsschichten liegt und, dass an den Rändern der französischen Großstädte ein *„Randgruppenmilieu“* in stark segregierten Stadtteilen entstanden ist, dessen Lebensstandard weit unter dem Landesdurchschnitt liegt und in dem sich Probleme der Armut und der Arbeitslosigkeit anhäufen (Dubet/Lapeyronnie 1994:5). Diese Charakteristika wurden damals von den Autoren als Grund für die seit Anfang der 80er zunehmenden Gewaltausbrüche Jugendlicher in Form von Émeutes angesehen (Dubet/Lapeyronnie 1994; Bertho 2006).

26 Jahre später werden die Hauptursachen für die Émeutes 2005 in den französischen Vorstädten nach wie vor mit dem Phänomen der Armut, sozialer und ethnischer Ausgrenzung, Arbeitslosigkeit, sowie mit alltäglichen Diskriminierungs- und Ausgrenzungserfahrungen erklärt (Lagrange/Oberti 2006). Hinzu kommen verstärkt auftretende Konflikte zwischen Jugendlichen und der Polizei, aber auch Stigmatisierungen[10] der französischen Gesellschaft und der Medien.

In diesem Kapitel wird unter Berücksichtigung statistischer Daten zum einen auf die allgemeine Situation der französischen ZUS eingegangen und zum anderen werden die Merkmale der Viertel La Reynerie und Bellefontaine herausgearbeitet, um die spezifische Situation der jugendlichen Vorstadtbewohner am Beispiel von Toulouse zu verdeutlichen. Dabei muss beachtet werden, dass die Daten für Toulouse die Ergebnisse

[10] Unter Stigma wird hier *„ein physisches, psychisches oder soziales Merkmal“* verstanden, *„durch das sich eine Person von den übrigen Mitgliedern einer Gesellschaft oder Gruppe, der sie angehört, negativ unterscheidet und das sie von vollständiger sozialer Anerkennung ausschließt“*.
Stigmatisierung ist ein *„Prozess, durch den einer Person bzw. einem Aggregat von Personen ein Stigma verliehen wird und jegliches verbale und nonverbale diskriminierende Verhalten aufgrund eines zu Eigen gemachten Stigmas“* (Peuckert 2003:384).

der Volkszählungen von 1990 und 1999 widerspiegeln, welche vom Insee[11] durchgeführt wurden. Leider gab es im Anschluss an die Émeutes keine spezifischen Erhebungen für die ZUS von La Reynerie und Bellefontaine. Die aktuellsten Daten fassen alle ZUS in Frankreich zusammen und wurden 2006 in einem Bericht der ONZUS[12] veröffentlicht.

Da es zur Bearbeitung der Fragestellung wichtig ist, die Situation der Bewohner in La Reynerie und Bellefontaine nachzuvollziehen, werden sowohl die statistischen Daten von 1990 und 1999 als auch die aktuellsten Daten des ONZUS verwendet.

3.1 Armut in den Vorstädten Frankreichs

Betrachtet man das Phänomen der Armut in europäischen Wohlfahrtsstaaten, muss zunächst festgehalten werden, dass es sich im Gegensatz zu Entwicklungsländern um ein relatives Phänomen handelt. Die Armut von bestimmten Personen ist immer relativ zu den gesamtgesellschaftlichen Lebensgewohnheiten zu betrachten. Dabei müssen mehrere Dimensionen, wie Gesundheit, Bildung und Erwerbsstatus berücksichtigt werden (Zimmermann 2001). Armut wird zum einen als Unterausstattung mit ökonomischen Mitteln, gemessen am Einkommen, verstanden und zum anderen an Faktoren, wie dem Wohnumfeld, der Haushaltszusammensetzung oder auch der Gesundheitsversorgung, festgemacht (Zimmermann 2001).

Die ZUS des Grand Mirail hat wie andere ZUS in Frankreich spezielle Eigenschaften. In La Reynerie und Bellefontaine lebten 1999 überdurchschnittlich viele Jugendliche unter 20 Jahren (1999: 35,7% vs. 19,2% im Stadtzentrum) und der Anteil ausländischer Bewohner war hoch (1999: 26,4% vs. 7,2% im Zentrum). Zudem lebten dort erheblich mehr Bewohner auf weniger Wohnraum, als es im Stadtzentrum der Fall war. In La Reynerie und Bellefontaine lebten im Jahr 1999 im Durchschnitt 2,89 Personen in einer Wohnung, während es im Zentrum nur 1,88 Personen waren (Insee o.J.). Der Anteil der Haushalte mit sechs und mehr Personen betrug 1999 in der ZUS 11,1%, wohingegen es im Zentrum lediglich 1,3% waren. Im Hinblick auf die Wohnverhältnisse ist festzustellen, dass in der ZUS deutlich mehr Gebäude mit mehr als zehn Wohnungen vorhanden sind (93,2% in der ZUS; 55,7% im Stadtzentrum). Hinzu kommt, dass eine große An-

[11] Institut national de la statistique et des études économiques – Staatliches Institut für Statistik und Wirtschaftslehre

[12] Observatoire national des Zones urbaines sensibles – nationale Beobachtungsstelle sensibler Stadtviertel

zahl der Wohnungen der ZUS dem sozialen Wohnungsbautyp HLM[13] entsprechen (1999: 59,4%). Im Zentrum der Stadt betrug dieser Anteil 1999 lediglich 14,4% (Insee o.J.).

In Frankreich werden von der nationalen Beobachtungsstelle sensibler Stadtviertel, der ONZUS, regelmäßig Daten über die soziale und ökonomische Situation in den ZUS erhoben. Die aktuellsten Daten beziehen sich auf das Jahr 2005 und verdeutlichen, dass diese Gebiete im Gegensatz zu anderen städtischen Quartieren in besonders großem Ausmaß von Arbeitslosigkeit und Armut betroffen sind. Vor allem Jugendliche ohne Schulabschluss und Migranten aus Nicht-EU-Staaten sind häufig von der hohen Arbeitslosigkeit in den ZUS betroffen und die Arbeitslosenquote ist meist doppelt so hoch, wie in anderen Stadtquartieren (Sapoval 2006). Beispielsweise lag die Arbeitslosenquote 1999 in La Reynerie und Bellefontaine bei 39,8%, wohingegen es im Stadtzentrum nur 18,7% waren. Besonders auffällig war der Anteil der arbeitslosen Jugendlichen zwischen 15 und 24 Jahren, welcher in der ZUS bei 54,4% (1999) und im Zentrum bei 28,6% lag (Insee o.J.). Die Jugendarbeitslosenquote im Grand Mirail übersteigt die des Stadtzentrums also knapp um die Hälfte, was typisch für die Problematik dieser Stadtgebiete ist.

Zudem stehen die Bewohner der ZUS im Gegensatz zu Beschäftigten aus anderen Quartieren häufiger in prekären Arbeitsverhältnissen, wie zum Beispiel in der Zeitarbeit, in befristeten Arbeitsverhältnissen oder als Hilfsarbeiter. In der ZUS La Reynerie und Bellefontaine standen im Jahr 1999 26,7% der Bewohner in solchen Arbeitsverhältnissen, wohingegen es im Stadtzentrum nur 17,7% waren (Insee o.J.). Auch haben viele Bewohner der ZUS, besonders Akademiker, Schwierigkeiten, einen Arbeitsplatz entsprechend ihrer Qualifikation zu finden (Dubois-Chabert 2005).

Bei der Betrachtung der Einkommensverhältnisse fällt auf, dass in den ZUS die durchschnittlichen Haushaltseinkommen zwar sehr niedrig sind, es dennoch in Bezug auf das Einkommensniveau Unterschiede zwischen den Bevölkerungsgruppen eines Quartiers und auch zwischen den verschiedenen ZUS in Frankreich gibt (Sapoval 2006). Insgesamt sticht jedoch die Anzahl der Niedrigverdiener und derjenigen, die von der Arbeitslosenhilfe, dem RMI[14], leben in den ZUS deutlich hervor. Der Anteil der betroffenen Personen liegt dort um ein Dreifaches über dem Landesdurchschnitt (Sapoval 2006).

[13] Habitation à loyer modéré – Sozialwohnung
[14] Revenu minimum d'insertion – Arbeitslosenhilfe

3.2 Die Situation von Jugendlichen mit Migrationshintergrund

Wenn es in Frankreich zu Émeutes kommt, dann werden meistens die Gruppen männlicher Jugendlicher (Beaud/Pialoux 2006) in den Medien und von einigen Politikern dafür verantwortlich gemacht. Der Grund für die gewalttätigen Handlungen ist meist die „galère“, eine Situation in der viele Jugendliche leben und welche als Überbegriff für persönlich erlebte Erfahrungen mit Ausgrenzung, Wut, kriminellem Verhalten, Gewalt und Haltlosigkeit steht (Lapeyronnie/Dubet 1994:103ff.). Diesen Jugendlichen fehlen häufig positive Rollenvorbilder, die ihnen sozialen Halt geben und dabei helfen könnten, einen Bezug zu den Normen der Gesamtgesellschaft herzustellen. Basierend auf dem Gefühl der sozialen Ausgrenzung, deren Grund hauptsächlich die hohe Arbeitslosigkeit in den Vierteln ist, existieren in diesen Zonen *„zerfallene Lebenswelten, in denen sich eine Randkultur herausbildet“* (Lapeyronnie/Dubet 1994:105; Beaud/Pialoux 2006).

Betrachtet man die Situation der jugendlichen Arbeitslosen in La Reynerie und Bellefontaine, dann fallen zwei Punkte besonders auf: Zum einen war die Anzahl der Jugendlichen, die weniger als ein Jahr arbeitslos waren im Jahr 1999 etwas geringer als 1990 (54,7% vs. 59,5%), zum anderen war die Anzahl der Jugendlichen, die länger als ein Jahr arbeitslos waren im Jahr 1999 (40,6%) um etwa zehn Prozentpunkte höher als 1990, als 29,2% der Jugendlichen zwischen 15 und 24 Jahren längerfristig arbeitslos waren (Insee o.J.). Dieser starke Anstieg verdeutlicht, dass besonders unter Jugendlichen die Langzeitarbeitslosigkeit zunimmt, worin einer der Gründe für die sinkenden Chancen dieser Bevölkerungsgruppe auf einen Arbeitsplatz liegt.

Viele Jugendliche beschreiben ausdrücklich ihren Hass und ihre Wut gegen die Polizei, von der sie sich diskriminiert und respektlos behandelt fühlen. Ihr Hass wird insgesamt als eine Aufruhr gegen alltäglich erlebte Situationen der Demütigung, zum Beispiel in der Schule, angesehen (Mucchielli 2006). Den Jugendlichen, welche in der „galère“ leben, sind die Gefühle von Ungerechtigkeit, des Alleingelassenseins, einer unsicheren Zukunft und des Zynismus, der ihnen von der restlichen Gesellschaft entgegen gebracht wird, gemeinsam (Mucchielli 2006). Ihre Wut und die Émeutes rechtfertigen sie mit der von ihnen empfundenen Tatsache, Bürger zweiter Klasse zu sein, die eine *„gemeinsame Opferrolle“* vereint (Mucchielli 2006:23).

Wenn man die statistischen Daten der jugendlichen Bewohner von La Reynerie und Bellefontaine genauer betrachtet, fällt auf, dass vor allem die 15- bis 24-jährigen besondere Probleme in der Schule, bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz und auf dem Arbeitsmarkt haben. Besonders viele männliche Jugendliche dieser Altersgruppe sehen

sich mit dem Problem der Arbeitslosigkeit konfrontiert, was mit Hilfe der statistischen Daten auf niedrige oder nicht vorhandene Bildungsabschlüsse zurückgeführt werden kann. Allerdings werden die Probleme der Diskriminierung und des Ausschlusses vom Arbeitsmarkt bisher kaum in den Statistiken berücksichtigt. Ein aktueller Versuch, Diskriminierung statistisch zu messen, wurde vom internationalen Büro für Arbeit (BIT[15]) unternommen und die Ergebnisse der Studie im März 2007 veröffentlicht[16] (Cediey/Foroni 2007).

Mit den genannten Problemen sind besonders häufig Jugendliche mit einem Migrationshintergrund konfrontiert, deren Eltern oder Großeltern aus dem Maghreb oder aus Schwarzafrika kommen. Ihre Situation der „galère“ kann durch Schwierigkeiten bei der Integration[17] in die französische Gesellschaft zusätzlich verstärkt werden (Stébé 2002). Hierbei besteht das Problem, dass viele Jugendliche der zweiten und dritten Generation die kulturellen Werte der französischen Gesellschaft angenommen haben und als selbstverständlich ansehen, sich jedoch nicht als Teil der Gesellschaft akzeptiert fühlen. Obwohl diese Jugendlichen nach dem Ius soli[18] die französische Staatsbürgerschaft besitzen, berichten sie von alltäglichen Diskriminierungen aufgrund ihres Namens oder ihrer Hautfarbe (Badiou 2005). Im Allgemeinen haben französische Jugendliche mit einem Migrationshintergrund bei gleicher Schulbildung und gleichwertiger professioneller Ausbildung geringere Chancen, sich in den Arbeitsmarkt einzugliedern und sind häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen, als Jugendliche mit französischen Vorfahren. Immer häufiger sehen Jugendliche rassistische Einstellungen ihnen gegenüber als Ursache für ihr Scheitern in der Schule und für die Probleme beim Zugang zum Arbeitsmarkt (Stébé 2002).

In den Vororten, in denen auch französische Familien mit geringem sozialen Status leben, entstehen zunehmend Konflikte zwischen Franzosen und Jugendlichen maghrebinischer Herkunft. Letztere fühlen sich ausgeschlossen und gedemütigt. Die Bewohner mit französischen Wurzeln hingegen fühlen sich durch fremdenfeindliche Einstellungen

---

[15] Bureau International du Travail

[16] Dabei stellte sich heraus, dass es besonders häufig in den Bereichen der Gastronomie und der Hotelwirtschaft, in denen viele Personen mit Migrationshintergrund beschäftigt sind, zu Diskriminierungen kommt. Die Diskriminierungen finden nicht nur beim Zugang zum Arbeitsmarkt, sondern auch am Arbeitsplatz statt.

[17] Integration wir hier als wechselseitiger Prozess zwischen Einwanderern und der Aufnahmegesellschaft verstanden. Integration kann auf der kulturellen, sozialen und ökonomischen Ebene stattfinden (Krummacher 2000).

[18] Im Gegensatz zum Ius Sanguinis (Abstammungsprinzip) erhalten auf französischem Staatsgebiet Geborene nach dem Ius Soli (Territorialprinzip) automatisch die Staatsbürgerschaft.

in ihrem Selbstbewusstsein gestärkt, obwohl sie sich in einer ähnlich prekären Situation wie die Einwandererfamilien befinden (Stébé 2002). Die wechselseitigen Vorraussetzungen für das Gelingen der Integration sind in den ZUS aufgrund zahlreicher sozialer Konflikte kaum gegeben. Aus dieser Situation heraus kann bei den Jugendlichen wiederum Wut gegen staatliche Institutionen entstehen, deren Einrichtungen bei den Émeutes 2005 häufig die Zielscheibe von Vandalismus wurden.

3.3 Ethnische und soziale Segregation und das Problem der Ausgrenzung

Im städtischen Raum wird soziale Ungleichheit insofern sichtbar, als dass sich soziale Gruppen disproportional auf die Wohngebiete der Stadt verteilen. Dabei spielen Dimensionen wie sozioökonomischer Status, ethnische Zugehörigkeit, Nationalität, sowie Lebensstile, Einstellungen, Präferenzen, Werthaltungen und kulturelle Merkmale, wie zum Beispiel die Religion, eine Rolle (Dangschat 2000). Bei dem Begriff der Segregation ist zwischen sozialer und ethnischer Segregation zu unterscheiden. Letztere beschreibt die ungleiche Verteilung der Stadtbevölkerung aufgrund ethnischer Merkmale und kultureller Differenzen. Bei sozialer Segregation hingegen wird die ungleichmäßige Verteilung der Bevölkerungsgruppen in einer Stadt anhand sozioökonomischer Merkmale, wie Einkommen, Berufsqualifikation und Bildungsstand betrachtet (Häußermann/Siebel 2004).

Segregation wird dann zum Problem, wenn sie für bestimmte Bevölkerungsgruppen, wie zum Beispiel für die sozial benachteiligten Gruppen in den französischen Vororten, nicht freiwillig, sondern erzwungen stattfindet und Nachteile für die Betroffenen entstehen. Außerdem sind die meisten der sensiblen Stadtviertel in Frankreich, wie zum Beispiel die ZUS von La Reynerie und Bellefontaine in Toulouse, räumlich ausgegrenzt, d.h. sie liegen geographisch weit außerhalb des Stadtzentrums. Durch die benachteiligte geographische Lage und die Konzentration sozial schwacher Bevölkerungsgruppen verfestigt sich durch den Segregationsprozess die soziale Ungleichheit zwischen der ZUS des Grand Mirail und den Innenstadtquartieren von Toulouse. Mit der räumlichen Ausgrenzung geht in diesem Fall die soziale Ausgrenzung einher.

Der Begriff der Exklusion[19] etablierte sich in den 80er Jahren in Frankreich in der politischen und wissenschaftlichen Diskussion, wobei die veränderte Wahrnehmung von Ausgrenzung in Bezug auf die Erwerbsarbeit und die Situation der Jugendlichen in den

[19] exclusion sociale

Randgebieten der Großstädte im Mittelpunkt stand (Kronauer 2000). Der Begriff der Exklusion bezeichnet die Ausgrenzung bzw. den Ausschluss einzelner Akteure oder ganzer Bevölkerungsgruppen vom gesellschaftlichen Leben in mehreren Dimensionen, da Ausgrenzung auf räumlicher, kultureller, symbolischer und sozialer Ebene stattfinden kann (Kronauer 2000). Die Annahme, dass die Bevölkerung der ZUS weitgehend von der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen ist, soll in den folgenden drei Abschnitten verdeutlicht werden.

3.3.1 Räumliche Ausgrenzung

Die ZUS liegen meist abgeschnitten vom Stadtzentrum in den Randgebieten der Großstädte. Oftmals wird in Bezug auf diese abgeschnittenen Stadtviertel der Begriff Ghetto gebraucht, was jedoch in Hinblick auf die Definition von Wacquant nicht treffend ist. Demnach sind Ghettos in sich geschlossene territoriale Einheiten, in denen meist Bewohner einer ethnischen Minderheit angesiedelt sind (Wacquant 2004:194). Die Banlieues in Frankreich fallen jedoch aufgrund ihrer multi-ethnischen Bevölkerung aus diesem Verständnis vom Ghetto heraus. In der Banlieue von Paris, in Sarcelles, gibt es unter den Bewohnern beispielsweise 80 verschiedene Ethnien (Stébé 2002:103). Trotzdem werden die Bewohner der sensiblen Stadtviertel oft als Ghettobewohner stigmatisiert (Wacquant 2004).

Die Émeutes 2005 fanden vor allem in den räumlich ausgegrenzten Stadtquartieren statt, weshalb ein Zusammenhang zwischen der geographischen Lage der Stadtviertel und den Émeutes angenommen wird (Lagrange 2006). Das Beispiel von Toulouse bestätigt diese Vermutung, da die Émeutes hauptsächlich im räumlich ausgegrenzten Quartier von La Reynerie stattfanden. Neben La Reynerie liegen alle weiteren vom GPV betroffenen Stadtviertel außerhalb der Innenstadtquartiere und außerhalb der Stadtautobahn, die einen Ring um die Stadt Toulouse bildet. Diese Abgrenzung ist nur schwer zu überwinden, wodurch die räumliche Ausgrenzung symbolisch verstärkt wird (Dubois-Chabert 2005). Einen erheblichen Vorteil brachte sicherlich der Bau der Metro im Jahr 1993, mit der das Stadtzentrum für die Bewohner des Grand Mirail nun in zehn Minuten erreichbar ist. Davor gab es nur eine Buslinie, mit der man ungefähr 30 Minuten bis in das Stadtzentrum benötigte.

3.3.2 Ausgrenzung in der Schule

Die Frage nach den Motiven für die Émeutes im November 2005 stellt sich besonders hinsichtlich der Zerstörung schulischer Einrichtungen. Möglicherweise ist die Schule für viele Jugendliche der Ort, den sie mit Erfahrungen der Demütigung, Unterdrückung und Ausgrenzung in Verbindung bringen.

Die Statistik für die ZUS La Reynerie und Bellefontaine verdeutlicht, dass im Jahr 1999 35,6% der 15- bis 24-jährigen gar keinen Schulabschluss und lediglich 19,6% das Abitur oder einen höheren Abschluss hatten. Außerdem verfügten nur 7,2% der Bewohner über 15 Jahren über einen Hochschulabschluss (Insee o.J.).

In Bezug auf die Schulabschlüsse unterscheiden sich die sozialen Schichten erheblich voneinander. Während im Alter von 18 Jahren 30% der Jugendlichen aus der Arbeiterschicht die schulische Ausbildung bereits beendet haben, sind es bei den Kindern der Angestellten lediglich 5%. In universitärer Ausbildung befinden sich nur 22% der Jugendlichen aus der Arbeiterschicht, wohingegen es bei den Jugendlichen aus der Schicht der Angestellten 45% sind (Ott 2006:122). Diese soziale Wirklichkeit drückt sich in einem von den Vorstadtbewohnern empfundenen Ungleichheitsgefühl aus. Besonders die Jugendlichen bekommen dieses Gefühl schon in der Schule zu spüren, wo der Anteil von Einwandererkindern bis zu 40% betragen kann (Ott 2006:122). In den meisten Fällen sind diese Ausmaße der Konzentration von Migranten auf das Abwandern von Familien sozial besser situierter Schüler zurückzuführen, wodurch die Schwächsten, meist Jugendliche mit Migrationhintergrund aus der Türkei, dem Maghreb oder Schwarzafrika, zurückgelassen werden (Ott 2006).

Die Schule gilt in Frankreich als bedeutender Faktor für die soziale und kulturelle Integration in die Gesellschaft (Lapeyronnie/Dubet 1994). Inwieweit die Integration über die Institution der Schule gelingt, hängt von der Schule, den Lehrern, aber auch von den Eltern ab (Ott 2006).

1981 wurden im Rahmen der „Politique de la Ville“ mit der Gründung der sogenannten ZEP[20] die ersten politischen Maßnahmen auf dem Gebiet der Bildung ergriffen. Seitdem gibt es in den betroffenen ZUS mehr staatliche Mittel und finanzielle Förderungen für die Schulen, die Schulklassen sind kleiner als außerhalb der ZEP und die Lehrer bekommen eine zusätzliche Prämie zu ihrem monatlichen Gehalt. Weiterhin stehen den

[20] Zone d’éducation prioritaire – Gebiete mit vorrangigen Bildungsaufgaben

Schulen in den ZEP finanzielle Mittel zur Förderung kultureller Aktivitäten, zum Beispiel für Museums- und Theaterbesuche, zur Verfügung (MDS1 o.J.).

Der ONZUS-Bericht verdeutlicht, dass in den ZUS der Anteil der Lehrer, die seit weniger als zwei Jahren an einem collège[21] arbeiten, deutlich höher ist, als außerhalb der ZUS und dass dort der Anteil der Lehrer unter 30 Jahren bedeutend zunimmt (Sapoval 2006). Offenbar wechseln die Lehrer und damit die Bezugspersonen für die Schüler häufig, und der hohe Anteil an jungen Lehrern lässt vermuten, dass diese kaum praktische Erfahrungen gesammelt haben, um mit bestimmten Problemen, wie zum Beispiel Langeweile, Motivationsmangel, Provokationen und Feindseligkeiten (Ott 2006:126) seitens der Schüler zurecht zu kommen.

In der Schule empfinden viele Jugendliche aus den ZUS zum ersten Mal das Gefühl, ausgegrenzt zu sein, weshalb die Funktion der Schule als wichtiger Integrationsfaktor, besonders in den sensiblen Stadtvierteln, fehlgeschlagen ist und die Probleme der Schüler durch die ZEP nicht behoben wurden. Dort häuft sich die Anzahl der besonders förderungsbedürftigen Klassen und es gab Fälle, in denen eine gesamte Klasse eine Klassenstufe wiederholen musste (Ott 2006). Viele Jugendliche maghrebinischer Herkunft fühlen sich von der Institution Schule aufgrund ihrer ethnischen Herkunft stigmatisiert und sind der Ansicht, dass das Desinteresse vieler Lehrer sie an ihren Absichten, schulische Erfolge zu erzielen, hindere (Kakpo 2006:92). Als Reaktion auf diese Stigmatisierungen zeigen vor allem männliche Jugendliche konfliktreiche Handlungen gegenüber den Lehrern (Kakpo 2006).

Besonders große Probleme, die Schullaufbahn erfolgreich zu beenden, haben Jugendliche aus Familien mit großer Kinderzahl, die auf engem Raum wohnen. Die ungünstige Wohnsituation stellt ein erhebliches Hindernis zum Beispiel bei der Bearbeitung von Hausaufgaben dar (Kakpo 2006).

Neben der im Rahmen der Stadtpolitik eingeführten ZEP gibt es das System der „carte scolaire“, welches den Jugendlichen eine zu besuchende Schule in der Nähe ihres Wohnortes zuschreibt. Viele Klassen werden von Schülern aus dem gleichen Wohnviertel besucht, so dass in der Schule das soziale Profil der Wohnorte widergespiegelt und teilweise verstärkt wird. Eine soziale Mischung der Schüler wird dadurch praktisch unmöglich (Oberti 2006). Hier liegt wohl einer der Hauptgründe, weshalb sich viele Schüler von vornherein benachteiligt und ausgegrenzt fühlen und ihre Chancen auf eine gute

[21] vierklassige Ganztagsschule der Sekundarstufe I

Schulbildung im Gegensatz zu Schulen außerhalb der ZEP deutlich geringer einschätzen.

Die Einführung der ZEP und die „carte scolaire“ tragen maßgeblich zur sozialen Segregation in den sensiblen Stadtvierteln bei, da durch diese Maßnahmen die betroffenen Schulen stigmatisiert werden. Jene Familien, die es sich leisten können, sehen darin oftmals einen Anlass, aus den betroffenen Vierteln wegzuziehen, um ihre Kinder nicht auf eine der benachteiligten Schulen schicken zu müssen. Hinzu kommt, dass bei der großen Anzahl betroffener Schulen in den ZEP die finanziellen Mittel zur Bewältigung der Problemsituationen nicht ausreichen, viele Schulen als ZEP eingestuft wurden, die nicht die größten Probleme von Benachteiligung aufwiesen und so den Schulen mit einem bisher guten Image das Stigma einer schlechten sowie benachteiligten Schule auferlegt wurde (Oberti 2006).

Letztendlich wurde der Kampf gegen die schulische Segregation durch die politischen Maßnahmen der ZEP und der „carte scolaire“ nicht gewonnen. Viele Jugendliche fühlen sich jedoch durch diese verstärkt benachteiligt und stigmatisiert und durch den kaum vorhandenen Kontakt zu Jugendlichen aus anderen Gesellschaftsschichten und Wohnvierteln bereits auf der schulischen Ebene ausgegrenzt.

3.3.3 Ausgrenzung und Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt

Viele Bewohner der sensiblen Stadtviertel fühlen sich bei der Suche nach einem Ausbildungs- oder Arbeitsplatz benachteiligt, diskriminiert und ausgegrenzt (Kakpo 2006). Besonders Jugendliche mit Migrationshintergrund haben ähnliche Probleme bei der sozialen und ökonomischen Integration durch die Erwerbsarbeit. Aufgrund niedriger Bildung, fehlender Qualifikationen und Diskriminierungen wird den Jugendlichen aus den Vorstädten der Eintritt in das Erwerbsleben erschwert (Kakpo 2006).

Hinzu kommt, dass die Bewohner der ZUS Diskriminierungen bereits aufgrund der Anschrift ihres Wohnortes oder eines ausländischen Nachnamens erleben, wodurch sich die Arbeitslosigkeit in den Quartieren verfestigt. Die Arbeitssuchenden stoßen so immer wieder auf Misstrauen einiger Arbeitgeber ihnen gegenüber (Wacquant 2004).

Auch wenn die Arbeitslosigkeit unter den Jugendlichen insgesamt besonders hoch ist, muss jedoch berücksichtigt werden, dass es innerhalb der Gruppe der 15- bis 25-jährigen starke Differenzen gibt. Auf der einen Seite gibt es arbeitslose Jugendliche ohne Schulabschluss und ohne professionelle Ausbildung, auf der anderen Seite gibt es ebenso Jugendliche mit Abitur oder Hochschulabschluss, die keine Arbeit finden

(Beaud/Pialoux 2006). Trotz des unterschiedlichen Status bilden die Jugendlichen eine *„Erfahrungsgemeinschaft“* (Beaud/Pialoux 2006:22), welche auf denselben Erfahrungen von Mittellosigkeit, Armut und sozialer Demütigungen, zum Teil aufgrund der Hautfarbe, beruhen. Dies verdeutlicht, dass die von den Bewohnern empfundene öffentliche Stigmatisierung allgegenwärtig ist. Die Neuartigkeit der Erklärungsansätze für die Émeutes liegt darin, dass die soziale Verzweiflung zunehmend auch von jugendlichen Arbeitern und Abiturienten empfunden wird (Beaud/Pialoux 2006:23). Das heißt, sie blicken ihrer Zukunft auf dem Arbeitsmarkt ebenso unsicher entgegen, wie Jugendliche ohne eine Ausbildung.

Im Zuge der Globalisierung hat sich das regionale Arbeitsangebot insgesamt verschlechtert, und den Jugendlichen stehen weniger Stellen in den ohnehin gesundheitlich und körperlich belastenden Bereichen der verarbeitenden Industrie, dem Baugewerbe und der Gastronomie zur Verfügung (Beaud/Pialoux 2006). Viele Jugendliche haben kaum Aussichten auf dem Arbeitsmarkt, zumal sie zunehmend in befristeten Arbeitsverhältnissen, in Zeitarbeitsverhältnissen oder in kleinen Nebenjobs eingestellt werden. Dies vermittelt ihnen das Gefühl, auf dem Arbeitsmarkt ungerecht behandelt zu werden, nicht gebraucht und überflüssig zu sein (Beaud/Pialoux 2006).

Außerdem berichten Jugendliche maghrebinischer Herkunft bei der Suche nach einer Arbeit und in ihren Arbeitsverhältnissen zunehmend von Problemen mit rassistischem Hintergrund, welche sie mit dem Anstieg des islamistischen Terrorismus in Zusammenhang bringen. So nehmen beispielsweise Identitätskontrollen von Arbeitern mit arabischem Namen zu, was sich wiederum negativ auf die Arbeitsmarktintegration der Jugendlichen aus den Banlieues auswirkt (Beaud/Pialoux 2006). Vielen Jugendlichen geben die Verhaltenweisen ihrer Kollegen, welche sie zum Beispiel mit diskriminierenden Spitznamen wie *„Al Quaida“* (Beaud/Pialoux 2006:25) ansprechen, zusätzlich das Gefühl, in der Arbeitswelt nicht willkommen und von der Teilhabe ausgeschlossen zu sein.

All das führt dazu, dass viele Jugendliche, die entweder arbeitslos sind, oder sich in einem prekären Arbeitsverhältnis befinden, im Alter von 25 bis 30 Jahren noch bei ihren Eltern wohnen (Beaux/Pialoux 2006). Viele Minderjährige wachsen in dieser von sozialer Verzweiflung ihrer älteren Familienmitglieder geprägten Situation auf, worin wohl eine bedeutsame Quelle ihrer Aggressionen, wie sie bei den Émeutes 2005 zum Ausdruck kamen, liegt.

3.4 Das Verhältnis zwischen den Jugendlichen und der Polizei

In den sensiblen Stadtvierteln herrscht ein besonderes Spannungsverhältnis zwischen den Bewohnern und der Polizei. Vor allem die männlichen Jugendlichen, welche sich aufgrund der schwierigen Wohnverhältnisse meist auf öffentlichen Plätzen und vor den Eingängen ihrer Wohnblöcke versammeln, werden täglich mit der Präsenz der Sicherheitskräfte konfrontiert und fühlen sich durch alltägliche Identitätskontrollen diskriminiert und gedemütigt. Auf der anderen Seite berichten aber auch Polizeibeamte von regelmäßigen verbalen und auch körperlichen Angriffen bei ihren Einsätzen in den ZUS (Jobard 2006; Weber-Lamberdière 2006).

In den benachteiligten Stadtvierteln, in denen die Kriminalitätsrate im Gegensatz zu anderen Stadtvierteln deutlich höher ist (Sapoval 2006), kommen spezielle Gruppen von Zivilfahndern zum Einsatz, die das Ziel haben, Gewalttaten vorzubeugen und Gewalttäter auf frischer Tat zu ertappen. Diese so genanten BAC[22]-Einsatzgruppen sind seit Beginn der 90er Jahre verstärkt im Einsatz und für ihr hartes Durchgreifen bei ihren Kontrollen bekannt (Jobard 2006). Es gibt zahlreiche Fälle, in denen Jugendliche bei einem Polizeiverhör ums Leben gekommen sind, was in einem speziellen Fall sogar zu einer Verurteilung Frankreichs durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte geführt hat (Jobard 2006:68). Auch wenn seit diesem Vorfall die Verhöre auf den Polizeirevieren stärker überwacht werden, kommt es bei den Begegnungen von Jugendlichen und Polizeibeamten auf der Straße häufig zu Auseinandersetzungen. So sind die demütigenden Identitätskontrollen, bei denen die Polizei oftmals bekannte Personen kontrolliert, für die Jugendlichen ein deutliches Zeichen der Respektlosigkeit ihnen gegenüber. Diese Kontrollen können mehrmals an einem Tag stattfinden und oft kommt es vor, dass die Polizeibeamten die Jugendlichen mit ihrem Vornamen ansprechen (Mohammed/Mucchielli 2006).

Das Problem, welches besonders im Verlauf der Émeutes von 2005 diskutiert wurde, besteht darin, dass es in den ZUS hauptsächlich konfrontative Begegnungen zwischen der Polizei und den Jugendlichen gibt. Es gibt kaum mediative Instanzen, welche es diesen beiden Gruppen ermöglichen würden, ihre Probleme im Dialog zu regeln und miteinander zu verhandeln (Mohammed/Mucchielli 2006). Genauso wenig wird in den Quartieren präventive und am Dialog orientierte polizeiliche Arbeit praktiziert. Aus diesem Grund entfachte sich erneut die Diskussion um eine bürgernahe Bereitschaftspo-

[22] Brigade anti-criminalité – Gruppen von Zivilfahndern

lizei[23], die Präsenz zeigt, aber auch einen engen Kontakt zu den Bürgern aufbauen soll. Im Jahr 2002 wurden diese Routine-Polizeistreifen abgeschafft und es wurde vermehrt auf punktuelle Einsätze gesetzt, die es den Polizeibeamten nicht ermöglichen, mit dem Alltag der Jugendlichen vertraut zu werden (Weber-Lamberdière 2006). Gerade dieses Vertrauen jedoch wäre wichtig, um langfristig eine auf Gesprächen basierende Lösung der Konflikte zwischen Jugendlichen und Polizeibeamten zu erreichen. Die verstärkte Präsenz von CRS-Einsatzkräften und die Verwendung von Tränengas provoziert die Jugendlichen verstärkt und verschärft die gewalttätigen Konflikte, was bei den Émeutes von 2005 deutlich zum Ausdruck kam (Mucchielli 2006).

Die regelmäßigen und immer aggressiver werdenden Leibesvisitationen in den cités, Polizeibeamte, die Jugendliche bei Ausweiskontrollen duzen und rassistisch beschimpfen (Mohammed/Mucchielli 2006), geben den Jugendlichen nicht das Gefühl, dass die zentrale Funktion der Polizei die Wahrung der öffentlichen Sicherheit ist. Die alltäglichen Provokationen von beiden Seiten werden durch diese Handlungsweisen verschärft, was sowohl kurz- als auch langfristig nicht zur Behebung der Konflikte führen kann.

3.5 Der Einfluss der Medien und öffentliche Stigmatisierung

Eine wichtige Rolle bei der Ausbreitung und dem Ausmaß der Émeutes spielten sicherlich die Medien. Während der Ausschreitungen und einige Wochen danach waren die gewalttätigen Unruhen in den Vorstädten das Titelthema vieler Tageszeitungen, wöchentlich erscheinender Magazine, den Fernsehnachrichten und Spezialsendungen. Ein Jugendlicher berichtete, dass es wie ein Wettbewerb zwischen den verschiedenen cités war, in die 20 Uhr Nachrichten zu kommen: *„Wenn man im Fernsehen sieht, was die anderen machen, dann versucht man mit denen auf gleicher Höhe zu sein“* (Carzon 2005:6).

In Toulouse berichtete ein Augenzeuge[24], dass die Straße Kiev in La Reynerie *„sehr theatralisch in Szene gesetzt wurde. Es waren in dieser Straße zahlreiche Kameras aufgestellt, die nur darauf warteten, dass die Jugendlichen ein Auto in Brand setzten. Die Jugendlichen sahen darin die Chance ins Fernsehen zu kommen und dadurch wenigstens für 15 Minuten Ruhm zu erlangen.“* Diese Aussage verdeutlicht, dass die Medien einen erheblichen Anteil an den Ausschreitungen hatten, da sie den Jugendlichen deut-

[23] police de proximité

[24] Die Aussage stammt von M. Roussillon, Mitarbeiter bei dem Verein Quartier 31, welcher unter anderem die lokale Quartierszeitschrift *„La LeTtre de Bellefontaine“* heraus gibt. Seine Aussage zeichnete ich im Februar 2006 bei einer Konferenz über die Émeutes in Toulouse auf.

lich machten, wie schnell sie in die Nachrichten und dadurch in den oftmals einzigartigen Genuss von Aufmerksamkeit kommen können.
Dem starken Einfluss auf die öffentliche Meinung (Braouezec 2006) wurden sich im Verlauf der Émeutes einige Redaktionen bewusst. So kam es beispielsweise dazu, dass die Fernsehsender France 2, France 3 und TF1 die Bilder und die Bilanzen der brennenden Autos eine Woche nach Ausbruch der Émeutes einstellten, um den Wettstreit zwischen jugendlichen Gruppierungen der cités nicht weiter anzutreiben. Stattdessen entschieden sie sich dafür, vermehrt über die Hintergründe der Unruhen zu berichten, Diskussionsveranstaltungen zu senden und in ihren Berichten die Bürger der betroffenen Quartiere zu Wort kommen zu lassen (Israel 2005:7). Obwohl die Fernsehsender diese Maßnahme ergriffen haben, kommt es immer noch viel zu selten vor, dass über Erfolgsgeschichten aus den cités berichtet wird. Die Medien müssen zwar ihre Quoten über sensationelle Bilder und außergewöhnliche Ereignisse erzielen, trotzdem sollten sie gerade in Bezug auf die Bevölkerung der sensiblen Vorstadtquartiere verantwortungsvoller handeln, damit diese nicht ausschließlich mit Gewalttaten in Verbindung gebracht und in der Öffentlichkeit stigmatisiert werden.
Das durch die Medien vermittelte Bild der dunklen, heruntergekommenen Vorstädte mit Bewohnern, die als Außenseiter, Straftäter und Wilde dargestellt werden, verstärkt die Stigmatisierung erheblich (Stébé 2002). Die verzerrte Darstellung der sozialen Realität in den cités hat unter anderem zur Folge, dass viele Bewohner erhebliche Probleme bei der Ausbildungs- und Arbeitsplatzsuche, im Bereich der Schule, im Kontakt mit öffentlichen Institutionen und mit der Polizei haben. Dadurch werden sie wiederum in ihrem Erleben von der französischen Gesellschaft ausgegrenzt, stigmatisiert und nicht erwünscht zu sein bestätigt.

Einige der dargestellten Probleme der ZUS sind seit den 80er Jahren Handlungsfelder der französischen Stadtpolitik. Am Beispiel der ZUS La Reynerie und Bellefontaine in Toulouse wird nun das Stadterneuerungsprojekt „Le Grand Projet de Ville“ (GPV) vorgestellt, um die Schwerpunkte bei der Bekämpfung der prekären Situation in den ZUS zu benennen und die bestehenden Möglichkeiten zur Veränderung der problematischen Situation der Jugendlichen im Grand Mirail aufzuzeigen.

4. Das Stadterneuerungsprojekt in Toulouse – Le Grand Projet de Ville

Das Erscheinungsbild des Grand Mirail von Toulouse sticht durch zahlreiche Hochhaussiedlungen und Wohnblöcke mit bis zu zwölf Etagen deutlich hervor. 1954 kam es sowohl in Toulouse, als auch in weiteren Großstädten Frankreichs zu einem Bevölkerungszustrom, welcher zum einen aus der Landflucht vieler Arbeitskräfte und zum anderen aus der Ankunft angeworbener Arbeitskräfte aus dem Maghreb resultierte (MDS1 o.J.; Stébé 2002). Infolge des Bevölkerungswachstums in Toulouse war die Kommune mit dem Problem der Wohnungsnot konfrontiert. Auf dem Gebiet des Grand Mirail, welches zum großen Teil unbebaute Fläche darstellte und am Stadtrand lag, wurden zwischen 1954 und 1974 kleine Vorstädte, hauptsächlich für Industriearbeiter, errichtet. Das Konzept der Architekten Candilis, Josic und Woods, bei dem eine fußgängerfreundliche Stadt erbaut wurde, in der die Wege von Fahrzeugen und Fußgängern eindeutig voneinander getrennt waren (MDS1 o.J.), wurde realisiert. In den 80er Jahren zog ein großer Teil der Mittelschicht aus diesen Gebieten weg, und zurück blieben die maghrebinischen Gastarbeiterfamilien und Zuwanderer aus den ehemaligen schwarzafrikanischen Kolonien (MDS1 o.J.). Als infolge der Deindustrialisierung die Arbeitslosigkeit stark anstieg und die städtische Gewalt im Grand Mirail zunahm, wurde von politischer Seite erkannt, dass durch die verstärkte Konzentration sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen in den Arbeitervorstädten soziale Probleme entstanden.

Daraufhin wurde die Stadtpolitik in Frankreich durch das Programm der „Politique de la Ville“ im Jahr 1983 neu konzipiert. Im Zentrum stand dabei die Idee, gemeinsam und solidarisch die sozial vernachlässigten Kommunen und Stadtbezirke und deren Bewohner wieder in die gesamtstädtische Struktur einzugliedern, wobei die Idee der sozialen Mischung im Zentrum der durchgeführten Aktionen stand und nach wie vor präsent ist (Donzelot 2006).

Im Rahmen der „Politique de la Ville“ werden in einigen ZUS, unter anderem in Toulouse, Stadterneuerungsprojekte (Dossier GPV1 2002; Dossier GPV2 o.J.) staatlich finanziert und von den Kommunen und Départements umgesetzt. Der Kampf gegen räumliche und soziale Exklusion, worin die Hauptursache für die Émeutes gesehen wird, und die Förderung sozialer Vielfalt in den betroffenen Gebieten stehen im Mittelpunkt der Projektphilosophie (Dossier GPV1 2002; Dossier GPV4 o.J.).

Durch das GPV in Toulouse, dessen Förderungsrahmen von 2000 bis 2006 abgesteckt wurde, soll in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren das Stadtviertel des Grand Mirail[25] sowohl auf der urbanen als auch auf der sozialen Ebene umstrukturiert werden. Die Ziele des GPV wurden im Rahmen des Städtevertrages[26] vom 23. November 2000 festgelegt (Dossier GPV1 2002).

4.1 Die Förderungsperiode von 2000 bis 2006

Die zentrale Idee, welche in den Dokumenten der Stadtverwaltung von Toulouse betont wird, ist *„die Wiederherstellung des sozialen Gleichgewichts der Stadt und die nachhaltige Umgestaltung der betroffenen Quartiere, um sie voll und ganz in die Entwicklung des Ballungsraumes von Toulouse zu integrieren“* (Dossier GPV2 o.J.:1). Dies soll zum einen durch kurzfristige Aktionen geschehen, welche einen direkten Einfluss auf das Quartiersleben haben sollen, und zum anderen sollen die betroffenen Viertel langfristig erneuert werden. Neben Bellefontaine und La Reynerie sind auch die Viertel La Faourette, Papus, Tabar, Bordelongue und Empalot vom GPV geförderte Viertel (Dossier GPV3 o.J.).

Ich lege den Schwerpunkt hier jedoch auf die Viertel La Reynerie und Bellefontaine, da dort die Émeutes die größten Ausmaße angenommen haben und ich während meines Praktikums von Januar bis März 2006 in der Abteilung für soziale Entwicklung[27] in La Reynerie viele Informationen und Meinungen von verantwortlichen Personen gesammelt habe.

Im Grand Mirail leben 42.700 Einwohner auf einer Fläche von 520 Hektar. Es gibt 10.000 Sozialwohnungen, was ein Drittel des Gesamtbestandes der Stadt Toulouse ausmacht. In dem Quartier gibt es 8.500 Privatwohnungen, von denen 3.700 Miteigentümerschaften sind. Im Viertel von Bellefontaine leben 9.063 Einwohner und in La Reynerie sind es 9.750 (Dossier GPV1 2002:14).

Die Finanzierung des GPV liegt bei 314 Millionen Euro, von denen die Kommune von Toulouse, das Département, der Staat, die ANRU[28] und die Europäische Union den größten Anteil beisteuern (Dossier GPV1 2002:93).

Im offiziellen Dossier über das GPV der Stadtverwaltung von Toulouse wird deutlich gemacht, dass die soziale, urbane und wirtschaftliche Entwicklung der Viertel über die

[25] Insbesondere die Quartiere von La Reynerie und Bellefontaine
[26] Contrat de Ville
[27] Mission du Développement Social – MDS
[28] Agence Nationale de Rénovation Urbaine – nationale Agentur für städtische Erneuerung

Dauer des Städtevertrages hinaus ein Hauptanliegen ist. Die kurz-, mittel- und langfristigen Veränderungen sollen *„wahrscheinlich innerhalb eines Zeitrahmens von 15 Jahren“* realisiert werden (Dossier GPV1 2002:47). Die Vermutung liegt nahe, dass die sozialen, urbanen und wirtschaftlichen Probleme der benachteiligten Stadtviertel möglicherweise zu tief[29] sitzen, um das Viertel innerhalb dieser relativ kurzen Zeit auf allen Ebenen vollständig umzustrukturieren.

Im Mittelpunkt der Maßnahmen des GPV stehen dabei zum einen die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung des Viertels und die Eingliederung der Bewohner in den Arbeitsmarkt und zum anderen die Förderung sozialer Projekte. Der dritte wichtige Punkt des GPV ist ein städtebauliches Projekt. Bei diesem sollen die Wohnverhältnisse verbessert und die Nutzungsmöglichkeiten von öffentlichem und privatem Raum klar definiert werden (Dossier GPV1 2002).

Um im Hinblick auf die Fragestellung im Kapitel 5 untersuchen zu können, auf welche Grenzen das Projekt besonders in Bezug auf die prekäre Situation der jugendlichen Bewohner von La Reynerie und Bellefontaine stoßen könnte, werden in diesem Kapitel die drei zentralen Handlungsfelder des GPV dargestellt.

4.2 Wirtschaftliche Entwicklung und Eingliederung in den Arbeitsmarkt

Zu der hohen Arbeitslosigkeit im Grand Mirail kommt hinzu, dass es nur eine kleine Anzahl an Unternehmen gibt, die den Bewohnern einen Arbeitsplatz bieten können (Dossier GPV1 2002:21f.). Um diese Problematik zu lösen, werden im Rahmen des GPV verstärkt Maßnahmen zur Wiedereingliederung in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt angestrebt, wobei auf die Zusammenarbeit der verantwortlichen Akteure gesetzt wird (Dossier GPV1 2002).

Dafür sollen die Verwaltungsebenen der Stadt und des Ballungsraumes um Toulouse besser miteinander vernetzt werden, um die von Arbeitslosigkeit Betroffenen und Jugendliche, die einen Ausbildungsplatz suchen, besser bei ihrer sozialen und beruflichen Eingliederung zu betreuen (Dossier GPV1 2002:57). Damit dies gelingt, sollen die lokalen wirtschaftlichen Aktivitäten erhalten und ausgebaut werden, die Kontakte zwischen den Institutionen zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt und den lokalen Unternehmen aufgebaut und gefördert werden und die Arbeitssuchenden besser über die vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten informiert werden (Dossier GPV1 2002:58f.).

[29] schließlich haben sich diese Probleme seit ungefähr 30 Jahren in den Banlieues entwickelt und verfestigt.

Ein letztgenannter, aber meiner Ansicht nach sehr wichtiger Punkt bei der Umgestaltung der ZUS des Grand Mirail, ist der Kampf gegen jegliche Formen der Diskriminierung am Arbeitsplatz. Im Kapitel 3 wurde schließlich deutlich, dass Diskriminierungen aufgrund des Wohnortes oder der Hautfarbe ein großes Problem beim Zugang zum Arbeitsmarkt darstellen (Bertho 2006; Wacquant 2004:157f.).

Um diese zentralen Probleme zu bewältigen, werden im Rahmen des GPV gezielt Kontakte zwischen Arbeitgebern und Arbeitssuchenden hergestellt, wobei auch auf die Situation der Jugendlichen Bezug genommen wird (Dossier GPV1 2002). Der frühzeitige Kontakt zur Arbeitswelt soll besonders für Jugendliche zwischen 14 und 16 Jahren, die noch das collège besuchen, sich jedoch bereits in problematischen schulischen und familiären Situationen befinden, hergestellt werden. Dies soll durch Informationen über verschiedene Berufsfelder, Ausflüge zu Unternehmen oder auch schulische Praktika geschehen (Dossier GPV1 2002:60).

Darüber hinaus gibt es spezielle Maßnahmen für Jugendliche ohne Schulabschluss und mit geringen beruflichen Perspektiven (Dossier GPV1 2002:58). Für sie werden im Rahmen des GPV Informationszentren entstehen, in denen Hilfen bei der beruflichen Orientierung, aber auch bei gesundheitlichen und psychologischen Problemen angeboten werden. Zudem wird es in diesen Zentren eine Schule der zweiten Chance geben (Dossier GPV1 2002:58), wo Jugendliche sich weiterbilden und einen Schulabschluss machen können.

Im Grand Mirail soll die Arbeit der existierenden Zentren der Mission Locale[30] und der ANPE[31] besser organisiert werden, um die Bewohner verstärkt über Angebot und Nachfrage informieren zu können und diese öffentlichen Einrichtungen an den Bürger heranzuführen (Dossier GPV1 2002; Dossier GPV2 o.J.; Dossier GPV4 o.J.).

Seit den Émeutes 2005 wurden in La Reynerie und Bellefontaine das Zentrum für Arbeit und Ausbildung und die Schule der zweiten Chance eröffnet. Diese arbeiten nun enger mit der ANPE, der Mission Locale und den auf die Eingliederung in den Arbeitsmarkt spezialisierten Vereinen zusammen. Auch die Unternehmen arbeiten intensiver mit den Vereinen zusammen, und die Begegnungen von Unternehmen und Jugendlichen werden mit Erfolg durchgeführt (Interview[32] 2007).

---

[30] Arbeitsvermittlungsagentur für Jugendliche zwischen 16 und 25 Jahren; 1982 gegründet
[31] Agence nationalepour l'emploi - Arbeitsamt
[32] Das vollständige Interview ist im Anhang zu finden.

In Hinsicht auf den Kampf gegen Diskriminierungen am Arbeitsplatz wird vorgeschlagen, dass die Unternehmen die nationale Anti-Diskriminierungscharta[33] unterzeichnen und Arbeitssuchende mit Migrationshintergrund besonders unterstützen sollen (Dossier GPV1 2002:60). In welcher Art und Weise dies durchzuführen ist, wird aus dem Dokument nicht ersichtlich und lässt deshalb die Frage offen, mit welcher realen Wirkung die Umsetzung dieser Maßnahme verfolgt wird.

Eine weitere Maßnahme, welche vor allem den Unternehmen in den ZUS zu Gute kommt (Kläsgen 2005), ist die Schaffung der ZFU[34], den Sonderwirtschaftszonen. Im Rahmen des „Pacte du relance pour la ville“[35] entstanden in einigen ZUS am 1. Januar 1997 44 solcher Zonen und am 1. Januar 2004 kamen weitere 41 hinzu. Zu den 2004 geschaffenen Zonen gehören auch die Quartiere La Reynerie und Bellefontaine (Dossier ZFU 2004).

Die Unternehmen in den ZFU bekommen für die Dauer von fünf Jahren erhebliche Steuervorteile im Bereich der Sozialabgaben und der Einkommens- und Gewerbesteuern. Die Unternehmen sind jedoch an die Bedingung gebunden, 30% der Angestellten aus den vom GPV betroffenen ZUS in einem befristeten oder unbefristeten Arbeitsverhältnis für eine Dauer von mindestens 12 Monaten einzustellen (Dossier ZFU 2004). Das Prinzip der ZFU sieht Steuervergünstigungen vor allem für kleine Unternehmen vor, die nicht mehr als 50 Angestellte beschäftigen und sich bereits in dem Gebiet der ZFU befinden oder sich dort niederlassen (Dossier ZFU 2004).

Eineinhalb Jahre nach den Émeutes ist die Ansiedlung neuer Unternehmen in der ZFU von La Reynerie und Bellefontaine langsam zu erkennen. Auch wenn der Weg bis zur Realisierung einer funktionierenden und vollständigen ZFU noch lang ist, entsteht in La Reynerie bereits ein wichtiges Zentrum von Unternehmen. Dort wurden bisher insgesamt 30 neue Arbeitsplätze geschaffen, wovon 15 Arbeitsplätze für die Bewohner des Viertels hinzugekommen sind (Interview 2007).

[33] Charte de la diversité dans l’entreprise von 2004
[34] Zones franches urbaines
[35] Abkommen für den städtischen Aufschwung

4.3 Soziale und bildungsspezifische Maßnahmen

Der Fokus der sozialen Maßnahmen des GPV liegt auf den Bereichen der Bildung und Erziehung, der Vorbeugung von Straftaten, der Sicherheit und des sozialen Austausches (Dossier GPV1 2002:23ff.).

Im Bildungs- und Schulbereich steht der Kampf gegen die Ausgrenzung der Jugendlichen im Mittelpunkt der stadtpolitischen Maßnahmen. Dabei ist wichtig, dass der Lebensrhythmus der Schulkinder in der Schul- und der Freizeit eine Regelmäßigkeit bekommt und dass eine Kontinuität in der Schullaufbahn, besonders von Kindern in Problemsituationen, erreicht wird (Dossier GPV1 2002:62). Aus diesem Grund werden Vereine, welche vor allem auf die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen spezialisiert sind, besonders gefördert. Die Funktion der Vereine soll in einen direkten Handlungszusammenhang mit den öffentlichen Institutionen gestellt werden. Außerdem soll der Zugang zu außerschulischen Aktivitäten sozial-erzieherischer, sportlicher und kultureller Art begünstigt werden, da diese als zentrale Vektoren für das staatsbürgerliche Ideal, die Integration, die Bildung und die Vorbeugung von Straftaten angesehen werden (Dossier GPV1 2002:61).

Im Bereich der Schule soll der Austausch zwischen den Lehrern und den Eltern verstärkt und die außerschulische Betreuung ausgebaut werden. Auch wird angestrebt, die Koordination der Übergänge zwischen den verschiedenen Schultypen für Eltern und Schüler transparenter zu gestalten (Dossier GPV1 2002:63). Bei diesen Maßnahmen sollen vor allem Jugendliche, welche sich in problematischen Situationen des familiären oder sozialen Bruchs befinden, unterstützt werden. Für das Gelingen dieser Maßnahme müssen solche Situationen frühzeitig erkannt, entsprechend professionelle Hilfe von öffentlicher Seite angeboten, aber auch von den Betroffenen angenommen werden.

Ein weiterer Punkt, welcher sich durch die Projektphilosophie des GPV wie ein roter Faden zieht, ist die Verstärkung der Zusammenarbeit der öffentlichen Vereine und Akteure vor Ort. Durch diese Vernetzung soll den Jugendlichen ein qualitativ höherwertiges Freizeitangebot zur Verfügung gestellt werden. Dafür soll der Aufgabenbereich des PIJ[36], einem Informationspunkt für Jugendliche, überarbeitet werden und gleichzeitig die Aktionen, welche auf die soziale sowie professionelle Eingliederung abzielen, begünstigt werden (Dossier GPV1 2002:63). Auf diese Weise werden die Jugendlichen dazu ermutigt, sich in das Leben des Quartiers einzubringen und es mitzugestalten.

[36] PIJ – Points Information Jeunesse

Bei den Zielsetzungen des GPV kommt der Rolle der Eltern eine bedeutsame Funktion zu, da sie stärker in die verschiedenen Erziehungstypen und -einrichtungen, die ihre Kinder durchlaufen, eingebunden werden sollen. Den Eltern soll beispielsweise durch Versammlungen und Arbeitsgruppen der Zugang zu schulischen Einrichtungen und der Austausch mit Lehrern und anderen Eltern ermöglicht werden (Dossier GPV1 2002:64). Wichtig ist dabei auch, dass den Eltern eine klare Übersicht über die in La Reynerie und Bellefontaine existierenden Vereine, die Eltern ebenso wie Kinder als Zielgruppe haben, zur Verfügung gestellt wird.

Ein großes Problem stellt die zunehmende schulische und außerschulische Gewalt dar. Sie soll durch die verstärkte Zusammenarbeit von sozialpädagogischen Akteuren, der Polizei, der Justiz und dem staatlichen Bildungskomitee bekämpft werden. Auf lokaler Ebene soll die sozialpädagogische Betreuung von Kindern und Jugendlichen durch die Verstärkung von kulturellen und sportlichen Freizeitangeboten ermöglicht werden. Das Angebot der Betreuung von Kindern im Alter zwischen 3 und 12 Jahren wird ausgebaut und für Jugendliche zwischen 16 und 25 Jahren wird das Angebot der Freizeitgestaltung am Abend und an den Wochenenden erweitert (Dossier GPV1 2002:63).

Die Vorbeugung von Gewalt und die Gewährleistung von Sicherheit stellt ein zentrales Thema des GPV dar. Zum einen wird die politische Verantwortung auf diesem Gebiet hervorgehoben, wobei der Schwerpunkt auf die Bekämpfung von Gewalttaten, besonders jugendlicher Minderjähriger, gelegt wird. Zum anderen soll die öffentliche Sicherheit in den Wohnvierteln bewahrt bzw. wiederhergestellt werden, indem verstärkt auf die Gendarmerie und die Justiz gesetzt wird. In diesem Zusammenhang wird auch die Diskussion über eine Bürgerpolizei[37] wieder eröffnet (Dossier GPV1 2002:65). Gerade für die Vorbeugung von Émeutes ist es wichtig, dass der Dialog zwischen den Bürgern, den Jugendlichen und den Vertretern der Polizei gefördert wird, damit gegenseitiges Vertrauen entstehen kann.

Um die urbane Gewalt im Grand Mirail einzudämmen, sollen Arbeitsgruppen gebildet werden, welche auf die spezifischen gewalttätigen Ausschreitungen Antworten finden sollen (Dossier GPV1 2002:66). Weitere Formulierungen, welche sich konkret auf Maßnahmen zur Verhinderung von städtischer Gewalt und Émeutes beziehen, lassen sich in diesem Dossier jedoch nicht finden. Neben der Verschärfung gerichtlicher Bestrafungen von Minderjährigen sollen die Maßnahmen zur Hilfe von Gewaltopfern ver-

[37] police de proximité

stärkt werden. In Bellefontaine gibt es bereits eine Anlaufstelle für Personen, die Opfer von Gewalttaten wurden. Diese Einrichtung wird im Rahmen des GPV weiter finanziell unterstützt und die Zusammenarbeit mit dem Polizeirevier von Bellefontaine verstärkt. Die oftmals problematischen Situationen von vielen Gewalttätern sollen durch intensive Betreuung ihrer Familien mit Hilfe vorhandener Institutionen, wie zum Beispiel dem Zentrum für Kleinkinder, geschehen. Außerdem wird die Kostenübernahme bei der Behandlung von psychischen Problemen erweitert und die Behandlung der Betroffenen verbessert (Dossier GPV1 2002:67).

Hinzu kommt, dass dem Missbrauch von Drogen besonders bei Jugendlichen frühzeitig entgegengewirkt werden soll, um Situationen des Bruchs mit der sozialen Umwelt zu verhindern (Dossier GPV1 2002:69). Auch in diesem Punkt spielen Einrichtungen der Freizeitgestaltung für Jugendliche eine große Rolle, da diese den sozialen Austausch fördern und die Jugendlichen vom Nichtstun auf der Straße abhalten können. Dabei steht wiederum die Gruppe der 16- bis 25-jährigen im Mittelpunkt der Aktionen, beispielsweise in Form soziokultureller Workshops.

Der dritte Punkt auf der sozialen Ebene des GPV zielt auf die Gewährleistung von Chancengleichheit und den sozialen Austausch unter den Bewohnern und zwischen Einwohnern und Institutionen (Dossier GPV1 2002:70). Zum einen steht dabei die Bürgerbeteiligung im Zentrum des Maßnahmenkatalogs und zum anderen soll ein, auf die spezifischen Charakteristika der Viertel La Reynerie und Bellefontaine zugeschnittener, öffentlicher Dienst präsent sein. Die Bürger sollen in schulische, assoziative oder soziale Entscheidungen, die ihr Viertel betreffen, eingebunden werden und sich aktiv an ihnen beteiligen.

In Informationseinrichtungen, wie dem der MDS in La Reynerie, sollen die Bürger die Möglichkeit bekommen, sich direkt an den Quartiersprojekten zu beteiligen. Die lokale Demokratie und verschiedene Formen der Beteiligung, so heißt es, sollen gefördert und die Arbeit der öffentlichen Einrichtungen besser koordiniert und vernetzt werden, um letztendlich denjenigen, die ihre Dienste in Anspruch nehmen, mehr Transparenz zu ermöglichen (Dossier GPV1 2002:71f.).

Auch im kulturellen Bereich strebt man eine verbesserte Vernetzung von Veranstaltungsorten, Institutionen und Fachkräften an. So soll unter anderem der Austausch der Besucher zum Beispiel bei kulturellen Veranstaltungen und Quartiersfesten gefördert werden (Dossier GPV1 2002:71).

In diesem Abschnitt des Dossiers wird deutlich, dass die sozialen Probleme, welche in den Vierteln von La Reynerie und Bellefontaine existieren, zum größten Teil aus dem Prozess der Ausgrenzung resultieren (Dossier GPV1 2002:71). An dieser Stelle stehen Projekte zur Verstärkung der Bürgerpartizipation, die Betreuung von Personen in besonders starken Problemsituationen, wie zum Beispiel die Eingliederung von Jugendlichen in das soziale, kulturelle und wirtschaftliche Leben des Quartiers, sowie der Kampf gegen Diskriminierungen und Analphabetismus im Vordergrund. In Bezug auf die Bekämpfung von Diskriminierung wird vorgeschlagen, die existierenden Vereine bei ihrer Arbeit zu unterstützen und eine lokale Diagnose der Integration in La Reynerie und Bellefontaine auszuarbeiten. Dadurch sollen mit dem Integrationsprozess zusammenhängende Probleme besser nachvollziehbar werden, um die örtlichen Ressourcen zu stärken und die Akteure im sozialen Bereich besser auszubilden und zu koordinieren (Dossier GPV1 2002:74).

Um das Recht auf Teilhabe am städtischen Leben zu garantieren, sollen die Bürgerpartizipation bei der Ausarbeitung der Quartiersprojekte erleichtert, die Bürger über die vorhandenen Dienste besser informiert und das lokale Vereinsleben unterstützt werden. Die Kommunikation der Bürger auf lokaler Ebene soll beispielsweise durch Quartierszeitschriften und lokale Radiosendungen verstärkt werden, um die Meinungen der Bürger an die Öffentlichkeit zu tragen (Dossier GPV1 2002:75). Die Bürger sollen dazu ermutigt werden, sich in Vereinen zu engagieren und Eigeninitiative zu ergreifen, um auf das Leben im Quartier aktiv Einfluss zu nehmen[38].

4.4 Städtebauliche Maßnahmen

Neben der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und der Verbesserung des sozialen Lebens und Zusammenhalts in den Quartieren La Reynerie und Bellefontaine soll das äußerliche Erscheinungsbild der Viertel langfristig positiv verändert werden. Die Stadtplanung sieht die Vermischung verschiedener Wohnungsbaustile, wie zum Beispiel Einfamilienhäuser und kleine Gemeinschaften von Wohnhäusern vor. Überdies wird der öffentliche Raum in Form eines zentralen Boulevards und großer Plätze umgestaltet (Dossier GPV1 2002:76ff.).

Die Motivation für die städtebaulichen Veränderungen basiert vor allem auf zwei Aspekten. Erstens ziehen durch den zunehmenden Verfall des Baubestandes immer mehr

[38] Die Zeitschrift *„La LeTtre de Bellefontaine“* wird bereits im Grand Mirail verteilt und von den Bewohnern gelesen und als Ausdrucksform ihrer Interessen, Sorgen und Wünsche genutzt.

ehemalige Bewohner aus diesen Vierteln weg, was dazu führt, dass sich zunehmend die sozial schwächsten Bevölkerungsschichten in den Vierteln ansiedeln. Zweitens soll La Reynerie und Bellefontaine ein würdiger Platz im gesamtstädtischen Raum gegeben werden, welcher es ihnen ermöglicht, an der Expansion des Ballungsraumes von Toulouse teilzuhaben (Dossier GPV1 2002). Die Öffnung des Viertels nach außen setzt voraus, dass die in den letzten Jahrzehnten schwächer gewordene Verbindung zum Stadtzentrum und zu anderen Vierteln von Toulouse wieder ausgebaut und gefördert wird. Dafür sollen die Strukturen und das Bild dieser Quartiere erneuert und die soziale Mischung durch den Wohnungsbau, die Wirtschaft und die kulturellen Ressourcen wiederhergestellt werden.

Die städtebaulichen Strukturen basieren in Zukunft auf einer architektonischen Grundlage, welche die Orientierung in den Vierteln und die Unterscheidung von privatem und öffentlichem Raum vereinfacht (Dossier GPV1 2002). Dahinter steht die Idee der Résidentialisation[39], wodurch der öffentliche und private Raum wiederbelebt werden sollen. Dadurch wird versucht, vor allem Vandalismus und Umweltverschmutzungen durch Sperr- und Hausmüll vorzubeugen. Es werden zum Beispiel abgegrenzte Parkplätze für die Bewohner geschaffen, zu denen nur sie Zutritt haben. Außerdem sind doppelte Bordsteinkanten vorgesehen, die unzulässiges Parken und das Durchkommen von Autos verhindern sollen. Durch die Résidentialisation, bei der eine symbolische Abgrenzung des privaten vom öffentlichen Raum teilweise mittels kleiner Zäune vollzogen wird, will man die Bewohner dazu bringen, sich besser mit dem Bereich um ihren Wohnblock identifizieren zu können (MDS1 o.J.).

Des Weiteren versucht man die Zuteilung von Sozialwohnungen in La Reynerie und Bellefontaine für die betroffenen Personen zu verbessern. In Bellefontaine gibt es insgesamt 2.065 Sozialwohnungen, was einem Anteil von 57,30% des gesamten Wohnbestandes des Viertels ausmacht. In La Reynerie machen die 2.295 Sozialwohnungen 48,44% des Gesamtbestandes an Wohnungen aus. In jenen Vierteln gibt es also deutlich mehr Sozialwohnungen als in der Innenstadt von Toulouse, in denen der Anteil der Sozialwohnungen 17,04% beträgt (Dossier GPV1 2002:18). Der überdurchschnittliche Anteil an Sozialwohnungen soll im Rahmen des GPV verkleinert werden und das Angebot im Hinblick auf die Größe der Wohnungen vielfältiger werden. Im gesamten Ballungsraum von Toulouse sollen in Zukunft Sozialwohnungen entstehen, um deren hohe

[39] eine genaue Übersetzung dieses Begriffs ist schwierig; es handelt sich um die räumliche und symbolische Abgrenzung eines Wohnblocks zum öffentlichen Raum.

Konzentration im Grand Mirail aufzulösen und dort die Möglichkeit zur Errichtung anderer Wohnformen zu schaffen (Dossier GPV1 2002).

Im Grand Mirail werden zahlreiche Sozialwohnungen saniert und auch im Bereich der 18 existierenden Miteigentümerschaften mit ihren 3.700 Wohnungen wird eingegriffen, um dem Verfall der Wohnungen und damit einhergehenden Problemsituationen entgegenzuwirken (Dossier GPV1 2002:78).

Neben Sanierungen werden im Grand Mirail ebenso Wohnblöcke abgerissen, um die Viertel nach außen zu öffnen und den öffentlichen Räumen und Plätzen einen klar definierten, sinnvollen Nutzen zuschreiben zu können und letztendlich das äußere Erscheinungsbild der Quartiere dauerhaft positiv zu verändern. Die Bewohner der Viertel sollen sich besser im öffentlichen Raum orientieren können und ihr Gefühl, in dem Viertel eingeschlossen zu sein, soll abgeschwächt werden (Dossier GPV1 2002). In La Reynerie und Bellefontaine werden insgesamt 1.142 Wohnungen abgerissen. Im Gegenzug ist geplant, zahlreiche Wohnungen zu bauen, um die soziale Mischung in den Vierteln zu fördern. So werden zum Beispiel Privatwohnungen vermietet und auch zum Verkauf frei gegeben aber auch neue Formen von Sozialwohnungen erbaut (Dossier GPV1 2002; Dossier GPV5 o.J.).

Trotzdem wird die Anzahl der neu erbauten Wohnungen die der abgerissenen nicht ausgleichen, weshalb viele Bewohner umgesiedelt werden müssen. In anderen Stadtteilen, in denen der Anteil an Sozialwohnungen bisher nicht so hoch wie im Grand Mirail war, werden Sozialwohnungen gebaut, um die von Wohnungsabrissen betroffenen Bewohner des Grand Mirail dort unterzubringen (Dossier GPV1 2002).

Sowohl die Sanierung des Viertels als auch die Aufwertung des öffentlichen Raumes sollen dazu führen, dass sich in Zukunft wieder die Mittelschichten in den neu erbauten Wohnformen ansiedeln und eine soziale Mischung entsteht, welche den strukturellen Problemen im sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Bereich entgegenarbeiten könnte.

Zu Beginn des Jahres 2007 sind die Hälfte der Abrissprojekte vollzogen worden, es ist aber bisher nicht zum versprochenen Aufbau neuer Wohngebäude gekommen. Zwar hat die ANRU Anfang März 2007 den Beginn des Wiederaufbaus eingeleitet (Interview 2007), aber den Bewohnern gibt die verspätete Realisierung sicherlich Anlass dazu, die Versprechungen des GPV anzuzweifeln. Im Folgenden werde ich deshalb die möglichen auftretenden Probleme der Projektsrealisierung analysieren.

5. Die Grenzen des Grand Projet de Ville Toulouse

Nachdem die Ebenen der alltäglichen Ausgrenzungserfahrungen der jugendlichen Vorstadtbewohner analysiert und das Stadterneuerungsprojekt GPV dargestellt wurden, sollen nun die Grenzen des politischen Konzepts GPV aufgezeigt werden. Selbst wenn das Projekt nach Angaben der Experten erst in zehn bis fünfzehn Jahren vollständig abgeschlossen sein wird, lässt sich aus aktuellem Anlass der Émeutes von 2005 fragen, ob die Situation in La Reynerie und Bellefontaine so grundlegend verändert werden kann, wie es in den Zielsetzungen des GPV formuliert wurde.
Wo stoßen die angestrebten wirtschaftlichen, sozialen und urbanen Maßnahmen des Projekts auf Probleme? Kann den vorhandenen sozialen Problemen und den negativen Effekten räumlicher und sozialer Segregationsprozesse entgegengewirkt werden? Um diese Fragen zu beantworten werden drei zentrale Punkte analysiert, wobei auch die Erfahrungen von lokalen Akteuren aus La Reynerie und Bellefontaine einfließen.

5.1 Die Grenzen der Bürgerpartizipation

Die Beteiligung der Bürger an den Projekten wird im Dossier über das GPV von Toulouse ausdrücklich betont. Nach der Betrachtung der sozialen Wirklichkeit, welche von Erfahrungen der Ausgrenzung, Diskriminierung und Arbeitslosigkeit geprägt ist, stellt sich jedoch die Frage, inwiefern besonders die Jugendlichen die Möglichkeiten der Beteiligung am GPV wahrnehmen. Möglicherweise ist für sie die Suche nach einer Arbeit von größerer Bedeutung, als die aktive Mitarbeit in einem Verein.
Bei einer Versammlung[40] mit Jugendlichen aus La Reynerie und Bellefontaine wurde deutlich, dass sie besorgt um die Situation auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt waren. Es waren neben den Vertretern der Stadt Toulouse und der Mission Locale jugendliche Vertreter von Vereinen anwesend. Sie berichteten von ihren Erfahrungen bei einem Treffen mit der lokalen Bürgermeisterin, Mme. De Veyrinas. Bei diesem Treffen, das sie mit einer Informationsveranstaltung verglichen, hatten die Jugendlichen das Gefühl, dass nicht auf ihre Fragen geantwortet, ihre Probleme nicht diskutiert und keine Lösungsvorschläge erarbeitet wurden. Dies könnte wohl daran liegen, dass die Stadtvertreter meist auf ihre bereits erarbeiteten Maßnahmen fixiert sind, welche dann ohne Einbeziehung der Jugendlichen vorgestellt und durchgeführt werden (Donzelot 2006).

[40] Die Versammlung fand am 13.03.2006 in der MDS von La Reynerie und Bellefontaine statt. Es ging dabei darum, den Dialog zwischen den Jugendlichen und den Stadtvertretern zu fördern.

Die Jugendlichen kritisierten, dass die Mission Locale nicht für die über 25-jährigen zuständig ist und schlugen vor, den Altersrahmen bis auf die 30-jährigen auszuweiten und diejenigen im Grenzalter auch noch zu betreuen. Außerdem wurde die unzureichende Betreuung jugendlicher Straftäter bei ihrer Resozialisierung bemängelt.

Diese Informationen haben die Vereinsvertreter von einigen Jugendlichen aus den Vierteln La Reynerie und Bellefontaine zusammengetragen, wobei offen bleibt, ob bestimmte Probleme in den Vereinen erst gar nicht zur Sprache kommen. Der Grund für diese Annahme liegt im allgemein schwachen Vertrauen der Jugendlichen der ZUS gegenüber staatlichen Institutionen und Vereinsvertretern. Viele Vereine werden von einigen Vorstadtbewohnern nicht als Interessenvertreter akzeptiert, da ihre Kooperation mit kommunalen Akteuren ein allgemeines Misstrauen hervorruft (Kakpo 2006:85). Das Misstrauen wird möglicherweise verstärkt, weil sich die Bürgerbeteiligung auf einige wenige Versammlungen beschränkt, die kaum öffentlich gemacht werden und bei denen sich hauptsächlich einige, der lokalen Stadtverwaltung bekannte Vertreter von Vereinen versammeln (Donzelot 2006:144). Diese Vermutung bestätigte sich während meines Praktikums in der MDS, da ich bei den Versammlungen den Eindruck hatte, die Vertreter der Vereine und der Stadtverwaltung kennen sich bereits sehr gut und arbeiten routiniert zusammen. Dies hält einige Bewohner möglicherweise davon ab, sich bei diesen öffentlichen Versammlungen einzubringen.

In den ZUS gibt es außerdem zwiespältige Beziehungen zu den vorhandenen Institutionen, wie der Schule, den Ordnungskräften, der Stadtverwaltung und den sozialen Diensten, da sie dem Einzelnen zum Teil ein negatives Gefühl der Abhängigkeit und des Eingeschlossenseins im Viertel vermitteln. Außerdem ist in vielen ZUS eine Abwesenheit politischer Repräsentanten, wie zum Beispiel Parteien oder Gewerkschaften festzustellen, die das Gefühl der geringen Möglichkeiten politischer Teilhabe im eigenen Wohnviertel bei einigen Bewohnern noch verstärkt (Lagrange 2006).

Die Jugendlichen sprachen außerdem von einem Mangel an Informationen in Bezug auf die vorhandenen Arbeitsplätze, Unternehmen und die verschiedenen Vereine im Quartier. Die spezifischen Zielgruppen und Akteure der Vereine sind den Jugendlichen teilweise unbekannt. Die Initiatoren des GPV streben dahingehend eine Verbesserung an, dass in Zukunft solche Informationen besser strukturiert und somit für die Bewohner zugänglicher gemacht werden. Während meines Praktikums in der MDS von La Reynerie und Bellefontaine, welche der zentrale Informationspunkt für die Entwicklung des GPV ist, fiel mir jedoch auf, dass nur wenige Bewohner in die Einrichtung kamen, um

sich über den Verlauf des Projekts zu informieren. Dies zeigt, dass die Bewohner möglicherweise wenig Interesse am GPV und dessen Durchführung haben oder sich als Einzelpersonen, die keinem Verein angehören, relativ machtlos gegenüber der lokalen Stadtverwaltung und den etablierten Vereinen fühlen.

Der Projektleiter[41] des GPV von Bellefontaine betont aber auch, dass sich besonders nach den Émeutes mehr Frauen und Mütter, welche vorher hauptsächlich mediativen Aufgaben nachkamen, aktiv in die Vereinsarbeit einbringen. Dadurch käme *„frischer Wind“* in die Arbeit der lokalen Vereine (Interview 2007). Das verstärkte Engagement der Mütter könnte einen positiven Effekt auf die Kinder haben, da sie durch die Arbeit ihrer Mütter zum Beispiel mehr über die Freizeitangebote in ihrem Viertel erfahren, diese nutzen und dadurch vom Nichtstun auf der Straße abgehalten werden könnten.

Schließlich ist es möglich, dass eine wichtige Zielsetzungen des GPV, nämlich die stärkere Vernetzung der lokalen Akteure, an ihre Grenzen stößt. Nach den empirischen Ergebnissen von Nicholls, der seine Untersuchungen über die partizipative Politik in Toulouse durchführte, könnte eine weitere Grenze für das GPV im Mangel der Kooperation staatlicher und nichtstaatlicher Akteure liegen (Nicholls 2006). Die Hindernisse des Erfolges dieser kooperativen Arbeit liegen hauptsächlich in der Bürokratisierung von Strukturen, wodurch sich die lokalen Vereine in bestimmte Abhängigkeiten begeben und an die Projektstrukturen anpassen müssen, um finanzielle Unterstützung zu erhalten. Die unumgehbaren Anpassungsprozesse vieler Vereine führten dazu, dass die Glaubwürdigkeit dieser Vereine von den Bürgern angezweifelt wurde, was deren Vermittlerfunktion verringert. Dieses Phänomen könnte auch als ein Grund für die Entstehung von städtischen Unruhen in Form von Émeutes angesehen werden (Nicholls 2006).

5.2 Der Einfluss städtebaulicher Maßnahmen auf soziale Prozesse

Bei der städtebaulichen Erneuerung des Viertels und den Sanierungsmaßnahmen haben viele Bewohner den Eindruck, nicht ausreichend informiert und nicht einbezogen zu werden (Donzelot 2006:146). Viele Bewohner sehen sich ihrem Schicksal meist hoffnungslos ausgeliefert und nicht um Rat gefragt (Donzelot 2006). Inwiefern die urbane Umgestaltung der Viertel La Reynerie und Bellefontaine soziale Folgen nach sich zieht, ist zu diesem Zeitpunkt der Projektdurchführung kaum zu erkennen. Trotzdem sollte

[41] Chef de projet

überlegt werden, ob die soziale Vielfalt in der Form, wie sie von den Verfassern des Berichts über das GPV erwünscht wird, auch tatsächlich zu realisieren ist. Sicherlich kann der öffentlichen Stigmatisierung, wie sie auch auf La Reynerie und Bellefontaine zutrifft, nicht allein durch den Abriss und den Neubau von Häusern und Straßen entgegengewirkt werden.

In einer von der MDS in Toulouse herausgegebenen Broschüre über das GPV wurden die Fragen einiger Bewohner und die entsprechenden Antworten der Stadtverwaltung aufgelistet. Dabei wird deutlich, dass die Bewohner Zweifel daran haben, dass sich durch die Abrisse und Sanierungen an der sozialen Misere in den Vierteln etwas ändern wird (MDS2 2005). Außerdem befürchten die Einwohner, dass es zwischen den Bewohnern der privaten und der Mietwohnungen anstatt zu einer sozialen Mischung zu einer sozialen Spaltung kommen werde. Die Verantwortlichen der Stadt Toulouse können diesen Befürchtungen kaum etwas entgegensetzten. Sie sprechen lediglich davon, ein Gleichgewicht zwischen den beiden Wohnformen herzustellen (MDS2 2005), was aber nicht unbedingt bedeutet, dass es zum erwünschten sozialen Austausch zwischen den Bewohnern kommen wird.

Die Vermutung liegt nahe, dass die zukünftigen Bewohner der kleinen Einfamilienhäuser relativ wenig Kontakt zu den Bewohnern der Hochhausblöcke haben werden, was am Beispiel der Schule deutlich wird. Eine Bewohnerin stellte die Frage, ob die Kinder der neu zuziehenden Bewohner zukünftig auf die Schulen in La Reynerie und Bellefontaine gehen werden. Die Stadt Toulouse gibt dafür keine Garantie und verweist auf die Anstrengungen, welche im Rahmen der ZEP durchgeführt werden sollen, um die neu zugezogenen Schüler von der Qualität der Schulen zu überzeugen. Im Kapitel 3 wurde jedoch deutlich, dass dieses Programm hinsichtlich seiner Integrationsfähigkeit gescheitert ist. Gleichzeitig wird vorgeschlagen, dass die Plätze vor den Schulen und die Umgebungen der Schulen architektonisch umgestaltet werden sollen (MDS2 2005). Damit kann allerdings keine Aussage über die Qualität der Schule, das Leistungsniveau der Schüler und das allgemeine Klima an der Schule getroffen werden. Die neu zuziehenden Familien werden ihre Kinder womöglich nicht auf eine Schule in der ZEP schicken, da das Stigma, welches diesen anhaftet, sie von dieser Entscheidung abhalten könnte. Außerdem kann die räumliche Zuteilung einer Schule aufgrund der „carte scolaire“ Mittelschichtfamilien mit Kindern davon abhalten, in das Viertel zu ziehen. Sicherlich kann es in Einzelfällen zu Ausnahmen kommen, welche sich wohl nur in geringem Ausmaß auf die gesamte Schule auswirken werden.

In Bezug auf die Residentialisation, bei der nur die Anwohner Zutritt zu ihrem Häuserblock haben werden, bleibt die Frage offen, ob die abendlichen Versammlungen von Jugendlichen in den Häusereingängen nicht nur verlagert und dadurch das Problem nicht gelöst würde. Sicherlich hätten die Bewohner der betroffenen Häuser mehr Ruhe, dafür könnten die Jugendlichen aber an anderen Orten die öffentliche Sicherheit beeinträchtigen.

Bei der Planung des GPV wäre es ratsam gewesen, die Bürger mehr an der architektonischen Veränderung in ihrem Viertel teilhaben zu lassen, Versammlungen mit Jugendlichen zu veranstalten, um deren spezifische Fragen und Probleme zu diskutieren und zum Beispiel die Quartierszeitung *„La LetTre de Bellefontaine“* dazu zu nutzen, die Probleme bestimmter Bevölkerungsgruppen verstärkt an die Öffentlichkeit und die Stadtvertreter zu tragen.

5.3 Das Ideal der sozialen Mischung

In den Anfangsjahren der „Politique de la Ville“ setzte man mit den Einrichtungen der DSQ[42] auf die Entwicklung des menschlichen Potentials und auf die Fähigkeiten der Bewohner, die Gegebenheiten in ihren Vierteln zu verändern. Als die Umsetzung dieser Idee nicht gelang, wurde im Rahmen der Stadtpolitik verstärkt auf die Veränderung der lokalen architektonischen Gegebenheiten gesetzt (Donzelot 2006:63). 1991 wurde das Gesetz LOV[43] verabschiedet, welches die soziale Durchmischung der Einwohner durch ein differenziertes Wohnungsangebot vorsah. Mit diesem Wechsel wurde im Hinblick auf die Lösung der urbanen Probleme zunehmend die Idee der sozialen Mischung laut, wodurch die Rückkehr der Mittelschichten in die problematischen Vorstädte erreicht werden sollte.

Zur Verwirklichung dieses Ziels musste den Mittelschichten ein attraktiver Platz in den Vierteln angeboten werden, die Umgebung verschönert und schließlich vereinzelt Häuser abgerissen werden, um einen den Mittelschichten zusagenden Wohntyp des Einfamilienhauses erbauen zu können (Donzelot 2006:63). Damit war der Schritt in Richtung urbane Umgestaltung der sensiblen Stadtviertel getan. Ein zweites Gesetz, das loi SRU[44], sollte die soziale Mischung in den Städten noch stärker unterstützen. Dieses Gesetz sieht vor, dass in allen Kommunen Frankreichs mit über 500.000 Einwohnern

[42] Développement social des quartiers – soziale Entwicklung der Stadtquartiere
[43] Loi d’orientation pour la ville – Gesetz der städtischen Neuorientierung
[44] Loi de Solidarité et renouvellement urbains – Gesetz über städtische Solidarität und städtebauliche Erneuerung

der Anteil an Sozialwohnungen mindestens 20% betragen soll. Für den Fall, dass die Kommunen diese Anforderungen nicht erfüllen, wurden finanzielle Strafbeträge definiert. Im Laufe der Zeit stellte sich jedoch heraus, dass die reichen Kommunen sich nicht an diese Bestimmung hielten, weil ihre finanzielle Situation es ihnen ermöglichte, die Strafen zu bezahlen. Diese Erfahrung zeigt, dass eine soziale Mischung gerade in den reichen Kommunen nicht erreicht wurde. Im Gegenzug wurden jedoch in den ärmsten Kommunen verstärkt Sozialwohnungen abgerissen und Wohnungen für die Mittelschicht gebaut.

Aufgrund des Berichts der ONZUS ist anzunehmen, dass auch in der ZUS von La Reynerie und Bellefontaine nach wie vor die ärmsten Bevölkerungsschichten leben, der Grad der sozialen Mischung dementsprechend gering ist und bisher kaum von den Aktionen des GPV tangiert wurde (Sapoval 2006). Ein Mitarbeiter der Mairie de Toulouse spricht davon, dass der Prozess der sozialen Mischung eine unbestimmte und lange Zeitspanne in Anspruch nehmen wird, er geht jedoch mit Gewissheit davon aus, dass das Ziel erreicht wird (Interview 2007).

Es erscheint paradox, dass in dem Bericht über die Ziele des GPV eine Zeit von zehn bis fünfzehn Jahren zur Realisierung aller Projektziele angegeben wurde, der Mitarbeiter der Mairie de Toulouse jedoch deutlich macht, dass zum aktuellen Zeitpunkt niemand eine Antwort darauf hat, wann die soziale Mischung erreicht sein wird. Ich vermute, dass dieses Ziel nur eine Idealvorstellung ist, die dazu dient, den bisherigen Bewohnern eine Erklärung für die zahlreichen Abrisse und den Neubau neuer Wohnformen zu geben, welche sich die meisten aufgrund ihres geringen Einkommens wohl kaum leisten können. Es scheint so, als ob es bei der Sanierung der Viertel eher darum geht, das Bild der Viertel zu zerstören, anstatt das Bild der Bewohner in der Öffentlichkeit aufzuwerten. Der Grund für diese Annahme liegt zum Beispiel in den Formulierungen des französischen Innenministers Nicolas Sarkozy. Bei einem Besuch in der Pariser Vorstadt La Courneuve im Jahr 2005 bezeichnete er die Bewohner dieses Viertel als *„Pöbel und Gesindel“* und gab kund, die Viertel *„mittels eines Hochdruckreinigers“* zu säubern (Mucchielli 2006; Donzelot 2006:87).

Man kann insofern vom Scheitern der sozialen Mischung sprechen, als dass bisher eher die Förderung des Wohneigentums und die Umgestaltung des sozialen Wohnungsbaus im Vordergrund standen, welche eher zum Zerfall der Solidarität denn zu einer Mischung der verschiedenen Bevölkerungsschichten führten (Donzelot 2006). Es bleibt fragwürdig, ob die Nähe verschiedener Wohntypen in der Wirklichkeit auch eine soziale

Mischung ihrer Bewohner, gemeinschaftliche Handlungsräume und Räume des sozialen Kontakts schaffen. Folglich muss also mit der räumlichen Nähe nicht automatisch die soziale Nähe einhergehen.

Möglicherweise tragen auch die Émeutes von 2005, die Möglichkeit weiterer gewalttätiger Ausschreitungen und die alltägliche Gewalt im Mirail dazu bei, dass dieser Wohnort nicht bevorzugt von Mittelschichtfamilien gewählt wird. Außerdem könnten die Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt aufgrund der Adresse auch für Bewohner der Mittelschicht zum Nachteil werden, wodurch die Entscheidung für einen Umzug in das Grand Mirail ebenfalls negativ beeinflusst würde.

Letztendlich spielt die Problematik in den französischen Vorstädten auch bei den diesjährigen Präsidentschaftswahlen eine bedeutende Rolle. Sowohl konservative als auch sozialdemokratische Parteien ziehen Sicherheitsfragen den Themen der Problemlösung in den Banlieues und der Integration vor, um keine Stimmverluste hinnehmen zu müssen (Interview 2007). Für viele Parteien dürfte die Thematik der Banlieues an Wichtigkeit verloren haben, da dies sich im Hinblick auf die Wahlergebnisse nicht auszahlt.

6. Fazit

Seit Beginn der „Politique de la Ville“ in den 80er Jahren beruhten die durchgeführten Maßnahmen in den ZUS hauptsächlich auf städtebaulichen Eingriffen, nicht aber auf sozialen Aktionen (Lagrange/Oberti 2006), worin ein großer Fehler der französischen Stadtpolitik liegt. Die Absicht des GPV, gleichermaßen soziale und urbane Veränderungen durchzuführen, könnte zwar für die betroffenen Stadtteile von Vorteil sein, es lässt sich dennoch fragen, ob diese Herangehensweise nicht schon viel früher hätte eingeführt werden sollen. Die Durchführung des GPV in Toulouse begann im Jahr 2000. Die Hälfte der Zeit bis zur planmäßigen Vollendung des Projekts ist vergangen, und es wurden zwar die Hälfte der Abrisse durchgeführt, jedoch mit dem Wiederaufbau neuer Wohnformen noch nicht begonnen. Ob die gesetzten Ziele auf urbaner Ebene in der geplanten Zeit erreicht werden, bleibt deshalb ungewiss.

Im sozialen Bereich wurde vor allem in die Vereinsarbeit investiert. Doch gerade im Bereich der Jugendarbeit scheinen die Erfolge ausgeblieben zu sein, was zum einen in den Émeutes von 2005, zum anderen aber auch in der nach wie vor existierenden prekären Situation der Jugendlichen zum Ausdruck kommt (Dubois-Chabert 2006). Auch die Kritik der jugendlichen Vereinsvertreter lässt darauf schließen, dass besonders die Betreuung von Jugendlichen in Problemsituationen verbessert werden muss.

Trotzdem muss aber auch betont werden, dass in La Reynerie und Bellefontaine zahlreiche Betreuungsangebote für Kleinkinder und Jugendliche zur Verfügung stehen. Durch eine Verbesserung der Informationen über die Betreuungs- und Freizeitangebote könnten die vorhandenen Angebote sicherlich noch effektiver genutzt werden.

Obwohl der Auslöser der Émeutes vom November 2005 zunächst der tragische Tod der beiden Jugendlichen aus Clichy-sous-Bois war, gibt es für die landesweite Ausbreitung der gewalttätigen Unruhen auf zahlreiche französische ZUS tiefgründigere Ursachen, welche überwiegend auf alltägliche Ausgrenzungserfahrungen der jugendlichen Vorstadtbewohner zurückgeführt werden können.

Die erlebten Schwierigkeiten auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt, die Konflikte mit der Polizei und die öffentliche Stigmatisierung, auf welche die Medien einen erheblichen Einfluss haben, machen es besonders den jugendlichen Bewohnern von La Reynerie und Bellefontaine nicht leicht, positiv in die Zukunft zu blicken. Durch das GPV soll dies zwar verändert werden, jedoch stößt das Projekt besonders in Bezug auf die

Beteiligung Jugendlicher an seine Grenzen, da die Versprechen im Bereich der Bürgerpartizipation bei den Jugendlichen nicht auf positive Resonanz gestoßen sind.

Besonders auf dem Arbeitsmarkt muss die Diskriminierung der Einwandererkinder, von denen die meisten den französischen Pass besitzen, unterbunden und auf nationaler Ebene bekämpft werden. Die Medien, denen hier eine verantwortungsvolle Rolle zukommt, könnten in Zukunft anstelle von negativen Nachrichten über positive Entwicklungen in den ZUS berichten. Den Bewohnern muss das Gefühl vermittelt werden, an der Gesellschaft teilhaben zu können und von ihr akzeptiert zu werden. Es reicht nicht aus, Jugendliche bei Ausflügen zu Unternehmen an die Arbeitswelt heranzuführen, wenn sie beim Zugang zum Arbeitsmarkt nach wie vor diskriminiert werden. Hierfür ist sowohl ein gesellschaftliches als auch ein politisches Umdenken nötig, welches die sensiblen Stadtviertel von Toulouse und die anderen ZUS in Frankreich vom Stigma der verkommenen, dunklen und unsicheren Wohnviertel befreit.

Ob der Prozess der sozialen Mischung in La Reynerie und Bellefontaine eintreten wird, bleibt abzuwarten. Die Nähe dieser Viertel zur Universität Le Mirail führt eventuell dazu, dass vermehrt Studenten hinzuziehen. Die Vorstellung einer sozialen Mischung im Grand Mirail ist dennoch eher eine idealistische, da Sanierungen der Sozialwohnungen die Mietpreise steigen lassen (Dubois-Chabert 2006) und die Abrisse von Sozialwohnungen und deren verzögerter Wiederaufbau sicherlich dazu führen, dass die Wohnungsnot im Bereich des sozialen Wohnungsbaus zunehmen wird.

Die strukturellen Probleme in der ZUS La Reynerie und Bellefontaine wiegen offensichtlich so schwer (Dubois-Chabert 2006), dass durch die Maßnahmen des GPV zumindest in der ersten Hälfte der eingeplanten Zeit der Projektrealisierung zwar Umbrüche in Form von Abrissen zu erkennen, die sozialen Veränderungen jedoch scheinbar ausgeblieben sind. Die prekäre Lebenssituation bestimmt nach wie vor den Alltag der Bewohner des Grand Mirail, was durch täglich erlebte Ausgrenzungsprozesse auf ökonomischer, sozialer, institutioneller und kultureller Ebene noch verschärft wird. Aus diesen Gründen besteht im Grand Mirail nach wie vor die Möglichkeit, dass es zu Émeutes kommen kann und es stellte sich heraus, dass die zentralen Ziele des GPV, räumliche und soziale Exklusion als Ursache für Émeutes zu bekämpfen, in der ersten Projektperiode nicht erreicht wurden.

7. Literaturverzeichnis

- AFP (Agence France-Presse) (2005a): Des incidents sous-jacents. In: 20 Minutes Toulouse (07.11.2005), Nr.841, S. 3.

- AFP (2005b): Villepin s'en va-t'en guerre. In: Libération (08.11.2006), Nr.7620, S. 2.

- AFP (2005c): Une voiture lancée sur une école. In: Metro (10.11.2005), Nr.400, S. 1.

- Autain, C. (Hrsg.) (2006): Banlieue, lendemains de révolte. Paris: La Dispute et Regards.

- Badiou, A. (2005): L'humiliation ordinaire. In: http://www.lemonde.fr/web/article/0,1-0,36-710389,0.html (Zugriff: 24.10.2006).

- Beaud, S./Pialoux, M. (2006): La «racaille» et les vrais jeunes: critique d'une version binaire du monde des cités. In: Autain, C. (Hrsg.): Banlieue, lendemains de révolte. Paris: La Dispute et Regards, S. 17-27.

- Bertho, A. (2006): Bienvenue au 21e siècle! In: Autain, C. (Hrsg.): Banlieue, lendemains de révolte. Paris: La Dispute et Regards, S. 29-42.

- Braouezec, P. (2006): Un autre monde est nécessaire. In: Autain, C. (Hrsg.): Banlieue, lendemains de révolte. Paris: La Dispute et Regards, S. 43-49.

- Carzon, D. (2005): Un environnement propice à l'explosion. In: 20 Minutes Toulouse (07.11.2005), Nr.841, S. 6.

- Cediey, E./Foroni, F. (2007): Les Discriminations à raison de l'origine dans les embauches en France. Une enquête nationale par tests de discrimination selon la méthode du BIT. In: www.ilo.org/public/french/bureau/inf/download/discrim_france.pdf (Zugriff: 26.03.2007).

- Dangschat, J. (2000): Segregation. In: Häußermann, H. (Hrsg.): Großstadt. 2. Aufl. Opladen: Leske+Budrich, S. 209-221.

- Donzelot, J. (Hrsg.) (2006): Quand la ville se défait. Quelle politique face à la crise des banlieues ? Paris: Éditions du Seuil.

- Dossier GPV1 (2002): Grand Projet de Toulouse. Grand Mirail - Empalot. Convention territoriale du Contrat de Ville 2000-2006. In: http://www.toulouse.fr/fr-32/logement-habitat-urbanisme-54/grand-projet-ville-gpv-59/grand-projet-336.html (Zugriff: 22.11. 2006).

- Dossier GPV2 (o.J.): Introduction au Grand Projet de Ville. In: http://www.toulouse.fr/fr-32/logement-habitat-urbanisme-54/grand-projet-ville-gpv-59/grand-projet-333.html (Zugriff: 22.01.2007).

- Dossier GPV3 (o.J.): Informations complémentaires. In: http://www.toulouse.fr/fr-32/logement-habitat-urbanisme-54/grand-projet-ville-gpv-59/informations-complementaires-335.html (Zugriff: 22.01.2007).

- Dossier GPV4 (o.J.): Questions réponses. In: http://www.toulouse.fr/fr-32/logement-habitat-urbanisme-54/grand-projet-ville-gpv-59/questions-reponses-334.html (Zugriff: 22.01.2007).

- Dossier GPV5 (o.J.): Le Grand Projet de ville évolue. In: http://www.toulouse.fr/fr-32/toulouse-ma-ville-1/grands-projets-10/grand-projet-ville-413/grand-projet-evolue-1803.html (Zugriff: 22.01.2007).

- Dossier ZFU (2004): Les Zones Franches Urbaines: Une chance à saisir ensemble. In: http://www.ville.gouv.fr/pdf/editions/zfu-pratique.pdf (Zugriff: 13.11.2006).

- Dubet, F./Lapeyronnie, D. (Hrsg.) (1994): Im Aus der Vorstädte. Der Zerfall der demokratischen Gesellschaft. Stuttgart: Klett-Cotta.

- Dubois-Chabert, J.-L. (2006): Le Mirail trois mois après. In: La Dépêche du Midi (20.-25.02.2006).

- Häußermann, H./Siebel, W. (Hrsg.) (2004): Der Segregationsbegriff (Kap.11), Soziale Segregation (Kap.12), Ethnische Segregation (Kap.13). In: Dies.: Stadtsoziologie. Eine Einführung. Frankfurt/New York: campus, S. 139-190.

- Hehn, J. (2006): Unruhen in Pariser Vororten flammen wieder auf. In: Die Welt (01.06.2006), S. 5.

- Insee (o.J.): Fiche profil – Quartiers de la politique de la ville. Données des Recensements de la population de 1990 et 1999.
  In: http://sig.ville.gouv.fr/documents/zus/profils/7301060.pdf (Zugriff: 03.02.2006).

- Israel, D. (2005): Information ou incarnation, la télé prise entre deux feu. In: 20 Minutes Toulouse (08.11.2005), Nr.842, S. 7.

- Jalabert, P. (2005): Banlieues et cités à cran. In: La Dépêche du Midi (08.11.2005), S. 3.

- Jobard, F. (2006): Sociologie politique de la « racaille ». In: Lagrange, H./Oberti, M. (Hrsg.): Émeutes urbaines et protestations. Une singularité française. Paris: Sciences Po Les Presses, S. 59-80.

- Kakpo, N. (2006): Communauté d'expérience et diversité des trajectoires. In: Lagrange, H./Oberti, M. (Hrsg.): Émeutes urbaines et protestations. Une singularité française. Paris: Sciences Po Les Presses, S. 81-104.

- Kläsgen, M. (2005): Nutzlose Paradiese im Ghetto. In: Süddeutsche Zeitung (12.11.2005), Nr.261, S. 23.

- Kronauer, M. (2000): Armut, Ausgrenzung und Unterklasse. In: Häußermann, H. (Hrsg.): Großstadt. 2. Aufl. Opladen: Leske+Budrich, S. 13-27.

- Krummacher, M. (2000): Zuwanderung, Migration. In: Häußermann, H. (Hrsg.): Großstadt. 2. Aufl. Opladen: Leske+Budrich, S. 321-333.

- Lagrange, H. (2006): Autopsie d'une vague d'émeutes (Kap.1), La structure et l'accident (Kap.4). In: Lagrange, H./Oberti, M. (Hrsg.) (2006): Émeutes urbaines et protestations. Une singularité française. Paris: Sciences Po Les Presses, S. 105-130.

- Lagrange, H./Oberti, M. (Hrsg.) (2006): Émeutes urbaines et protestations. Une singularité française. Paris: Sciences Po Les Presses.

- Le Goaziou, V./Mucchelli, L. (Hrsg.) (2006): Quand les banlieues brûlent… Retour sur les émeutes de novembre 2005. Paris: La Découverte.

- MDS1 (o.J.): La ville moderne: Le Mirail: Un urbanisme entre grands ensembles et ville moderne und les ZEP. In: Informationstafel der Mission du Développement Social (MDS) de la Mairie de Toulouse (Zugriff: 03.02.2006).

- MDS2 (2005): La concertation sur l'étude urbaine et paysagère du Mirail. In: Informationsbroschüre der MDS Toulouse.

- Mohammed, M./Mucchielli, L. (2006): La police dans les «quartiers sensibles»: un profond malaise. In: Le Goaziou, V./Mucchelli, L. (Hrsg.): Quand les banlieues brûlent...Retour sur les émeutes de novembre 2005. Paris: La Découverte, S. 98-119.

- Mucchielli, L. (2006) : Les émeutes de novembre 2005: les raisons de la colère. In: Le Goaziou, V./Mucchelli, L. (Hrsg.): Quand les banlieues brûlent...Retour sur les émeutes de novembre 2005. Paris: La Découverte, S. 5-30.

- Nicholls, W. (2006): Associationalism from Above: Explaining Failure through France's Politique de la Ville. In: Urban Studies, Vol.43 Nr.10, S. 1779-1802.

- Oberti, M. (2006): Homogéniser ou différencier et spécialiser les contextes scolaires ? In: Lagrange, H./Oberti, M. (Hrsg.): Émeutes urbaines et protestations. Une singularité française. Paris: Sciences Po Les Presses, S.147-176.

- Ott, L. (2006): Pourquoi ont-ils brûlé les écoles ? In: Le Goaziou, V./Mucchelli, L. (Hrsg.): Quand les banlieues brûlent… Retour sur les émeutes de novembre 2005. Paris: La Découverte, S. 120-138.

- Peuckert, R. (2003): Stigma. In: Schäfers, B. (Hrsg.): Grundbegriffe der Soziologie. 8. Aufl. Opladen: Leske+Budrich, S. 384-386.

- Sapoval, Y.-L. (Hrsg.) (2006): Observatoire national des Zones urbaines sensibles. Les indicateurs commentés. Rapport 2006. In: www.ville.gouv.fr/pdf/editions/observatoire-ZUS-rapport-2006.pdf (Zugriff: 11.01.2007).

- Serafini, T./Tourancheau, P./Vital-Durand, B. (2005): Politique de la ville: trente ans de traitements d'urgence. In: Libération (08.11.2005), Nr.7620, S. 8-10.

- Stébé, J.-M. (Hrsg.) (2002): Que sais-je ? La crise des banlieues. 2. Aufl. Paris: PUF.

- Tagesschau (2006): Jahrestag der Vorstadtunruhen. Ausschreitungen am Abend. In: http://www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID6041684,00.html (Zugriff: 07.11.2006).

- Wacquant, L. (2004): Roter Gürtel, Schwarzer Gürtel: Rassentrennung, Klassenungleichheit und der Staat in der französischen städtischen Peripherie und im amerikanischen Ghetto. In: Häußermann, H./Kronauer, M./Siebel, W. (Hrsg.): An den Rändern der Städte. Frankfurt am Main: Suhrkamp. S. 148-200.

- Weber-Lamberdière, M. (2006): Und wieder brennt es in den Banlieues. In: Focus, Nr.44, S. 238-241.

- Zimmermann, G. (2001): Armut. In: Schäfers, B./Zapf, B. (Hrsg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands. Opladen: Leske+Budrich, S. 36-52.

8. Anhang

Verwendete Abkürzungen:

ANPE	Agence nationale pour l'emploi – Arbeitsamt
ANRU	Agence nationale pour la rénovation urbaine – nationale Agentur für städtische Erneuerung
BAC	Brigade anti-criminalité – spezielle Gruppen von Zivilfahndern
BIT	Bureau International du Travail – Internationales Büro für Arbeit
CRS	Compagnies républicaines de sécurité – Bereitschaftspolizei
DSQ	Développement social des quartiers – soziale Entwicklung der Stadtquartiere
EDF	Electricité de France – staatliche Elektrizitätsgesellschaft
GPV	Grand Projet de Ville – Stadterneuerungsprojekt
HLM	Habitation à loyer modéré – Sozialwohnung
LOV	Loi d'orientation pour la ville – Gesetz der städtischen Neuorientierung
MDS	Mission du développement social – Abteilung für soziale Stadtentwicklung
ONZUS	Observatoire national des zones urbaines sensibles – nationale Beobachtungsstelle sensibler Stadtviertel
SRU	Loi de solidarité et rénouvellement urbains – Gesetz über städtische Solidarität und städtebauliche Erneuerung
ZEP	Zone d'éducation prioritaire – Gebiete mit vorrangigen Bildungsaufgaben
ZUS	Zone urbaine sensible – sensible Stadtviertel
ZFU	Zones franches urbaines – Sonderwirtschaftszonen

Fotos der Viertel La Reynerie und Bellefontaine:

Wohnhäuser in Bellefontaine

Wohnhausblock in La Reynerie

Ein collège in Bellefontaine (Flachbau)

Informationseinrichtung der MDS in La Reynerie

Interview 2007:

1. **Selon vous, quelles limites voyez-vous à l'action publique développée dans le quartier ?**

(p.ex. la participation des habitants, amélioration de la situation des jeunes (exclusion, (« la galère »), discriminations, rénovations, démolitions etc.)

quelques limites :

- le temps du projet : le projet, pour sa partie urbaine, vise notamment à rééquilibrer le quartier en ramenant vers le quartier de populations qui l'ont déserté dans le passé (classes moyennes notamment). Ce processus prend du temps : il faut libérer les terrains, reconstruire, etc. Par exemple, en mars 2007, aucune reconstruction n'a débuté au Mirail alors que le programme de démolition est lui pour plus de la moitié réalisé. Mais la garantie ici c'est que les promoteurs privés ont déjà pris la décision d'investir et n'attendent que les terrains. Enfin, le contrat cadre – convention dite ANRU- qui doit servir ici de feu vert à l'ensemble des opérations vient d'être signé début mars par l'état et l'ensemble des collectivités (ANRU = Agence Nationale de Renouvellement Urbain).
- Le rapport à Toulouse et à l'agglomération : tout ne se joue pas dans le quartier et dans ce que l'on peut ou va y modifier. La campagne électorale actuelle montre bien à quel point les questions qui touchent de près ou de loin à l'immigration sont sensibles. Les candidats de droite comme de gauche préférant plutôt caresser les électeurs dans le sen s du poil en flattant leurs peurs. Un français sur trois s'avoue ouvertement raciste ou dit éprouvé des sentiments racistes. A méditer ! peu de candidats ont fait du développement des banlieues, un an et demi à peine après les émeutes, un thème prioritaire : cela veut tout dire ! ce n'est pas électoralement payant…

2. **Est-ce qu'il y a eu des changements au niveau de la politique de la ville en ce qui concerne la situation des jeunes après les événements du novembre 2005 au Grand Mirail ?**

Des petites avancées :

- adultes : la mobilisation d'habitantes, mères de famille, qui se sont investies dans des associations dans notamment des tâches de médiation. Intéressant car cela vient ici renouveler les acteurs en insufflant de l'air frais.
- Emploi : depuis les émeutes, la Région a ouvert à Bellefontaine sa maison commune emploi formation qui abrite également les locaux –transférés eux- de l'école de la deuxième chance (pour des adultes qui veulent renouer avec une scolarité). Ces équipements travaillent en lien étroit avec les autres services à l'emploi (ANPE et Mission locale) ainsi qu'avec des associations spécialisées dans l'emploi (quartier 31 par exemple et son Point info jeunes). Les initiatives en matière d'emploi se sont ainsi multipliées : journées de recrutement de l'ANPE, « matins emplois » proposés par cette même ANPE aux partenaires du quartier, rencontres jeunes entreprises organisées elles par la mission locale et qui ont beaucoup de succès. Des assos qui travaillent avec des entrepreneurs (exemple de l'asso sportive l'ASVEC et du centre des jeunes dirigeants). Enfin la Zone franche urbaine est un peu plus visible –et les chiffres de recrutement à la hausse-

même si ici le chemin est encore long. Un pôle important d'entreprises vient d'ouvrir au bord du lac de la Reynerie (30 emplois pour l'instant dont une quinzaine pour le quartier).

3. Pensez-vous qu'à long terme le GPV va améliorer la mixité sociale dans le quartier ?
(Par le logement et l'école par exemple)

- logement : je l'ai dit c'est une certitude…mais dans une échelle temps très incertaine et longue. Il va falloir voir ce que ça donnera dans le temps justement. Nul n'a la réponse aujourd'hui. Mais de l'accession à la propriété sera par exemple possible.
- L'école : bonnes nouvelles ici, la Ville a pris la décision ferme et définitive de reconstruire deux écoles dans chacun des deux quartier (une au nord de reynerie en remplacement des écoles situées près du lac) une autre au coeur de bellefontaine en remplacement des écoles maternelles situées sur la dalle près des commerces… Au-delà de ça le devenir de ce que l'on appelle la « carte scolaire » (les obligations ou non pour les parents d'inscrire leurs enfants dans telle ou telle école) va être important : c'est un thème important de la campagne électorale en cours.